

Ausländer in der Schweiz: Es kommen zu viele und die Falschen



Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei
zur Migrationspolitik

August 2023

Inhalt

1. Ausgangslage: ES KOMMEN ZU VIELE...	3
2. Ausgangslage: ...UND ES KOMMEN DIE FALSCHEN	5
3. Fakten und Analyse	7
3.1 Millionenzuwanderung und Kontrollverlust	7
3.2 Asylpolitik ausser Rand und Band	10
3.2.1 Milliarden für Asylmigranten aus der ganzen Welt	10
3.2.2 Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe	11
3.2.3 Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier	12
3.2.4 Das Schweizer Asylsystem krankt an grundsätzlichen Systemfehlern	13
3.3 Wer kommt in die Schweiz und wozu?	15
3.3.1 Billigarbeiter und Familiennachzug statt Fachkräfte	15
3.3.2 Zuwanderer profitieren – nicht die Schweizer	16
3.3.3 Grenzgänger verdrängen Tessiner und Westschweizer aus Jobs	17
3.3.5 Ausländer belasten Sozialhilfe	20
3.3.6 Krankenkasse und Prämienverbilligung	21
3.3.7 Fazit: Einwanderung in den Sozialstaat	22
4. Schweizer Kinder werden zur Minderheit	24
5. Die Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung im Alltag	26
5.1 Wohnungsnot, teure Mieten, kaum bezahlbares Wohneigentum	28
5.2 Strommangel und immer höhere Energiepreise	29
5.3 Zubetonierung der Landschaft	31
6. Importierte Kriminalität und Nichtumsetzung Ausschaffung krimineller Ausländer	34
6.1 Masseinbürgerungen stoppen	38
7. Und die anderen Parteien? SP und Grüne wollen Hunderttausende «Krisenflüchtlinge» und «Klimaflüchtlinge» aus der ganzen Welt aufnehmen	41
8. Fazit und Forderungen	43

1. Ausgangslage: ES KOMMEN ZU VIELE...

Die Schweiz ist von einer masslosen Zuwanderung betroffen. Wir haben die politische Steuerung und Kontrolle verloren – trotz dem in der Verfassung¹ festgeschriebenen Volkswillen, die Massenzuwanderung zu begrenzen und aktiv zu steuern. Diese beiden Grundtatsachen – oder Grundübel – prägen unsere Ausländerpolitik und führen zu gravierenden Folgen für Land und Leute. Seit dem Jahr 2002 hat die Bevölkerung in unserem kleinen Land um 1,5 Millionen zugenommen. Bis in wenigen Jahren werden wir über 10 Millionen Einwohner in unserem Land haben und ein Ende dieser zuwanderungsbedingten Bevölkerungsexplosion ist nicht in Sicht. Die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union öffnet die Schleusen für eine halbe Milliarde Menschen.

Das Problem lässt sich auf einen einfachen Nenner herunterbrechen: Es kommen zu viele Ausländer in die Schweiz – und die Falschen. Weil das Parlament die Masseneinwanderungsinitiative nicht umsetzt und weil im Asylbereich massive Fehlanreize bestehen, herrscht eine Politik der offenen Scheunentore und der Negativselektion. Das heisst: Es fluten immer mehr Ausländer die Schweiz, die wir weder brauchen noch wollen. Statt gezielt jene Migranten zu holen, die einen Mehrwert für unser Land bringen, ziehen wir schlecht ausgebildete und schwer integrierbare Asyl-Schmarotzer aus fremden Kulturkreisen an, die nur ein Ziel haben: von unserem hart erarbeiteten Wohlstand zu profitieren.

Gesamtzahl der unkontrollierten Zuwanderung in die Schweiz allein im Jahr 2022²:

**Netto-Zuwanderung 2022 (EU,
Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus):
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und
Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

¹ Bundesverfassung Art. 121a Steuerung der Zuwanderung.

² Die 52'000 illegalen Einreisen erscheinen in der Statistik als «Rechtswidrige Aufenthalte – Anzahl Aufgriffe». Somit liegt die effektive Zahl der illegalen Einreisen noch höher.

Die Folgen dieser verfehlten Migrationspolitik sind an allen Ecken und Enden zu spüren: Zuwanderung in den Sozialstaat, explodierende Landpreise und Mieten, Zubetonierung des Kulturlands, Verschandelung der Natur, verstopfte Strassen und überfüllte Züge, Gefährdung der Versorgungssicherheit mit Energie und Nahrungsmitteln, sinkendes Niveau in den Schulen, Ghettoisierung, soziale Spannungen, überfüllte Notfallstationen und ein überfordertes Gesundheitswesen, höhere Krankenkassenprämien, Versagen der Integration, Anstieg der Kriminalität – um nur die dringendsten Probleme zu nennen.

2. Ausgangslage: ...UND ES KOMMEN DIE FALSCHEN

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. FDP und Mitte verhindern die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «**neuen Normalität**» in unserem Land:



Gleichzeitig brechen im Asylbereich alle Dämme. «Wir sind in der grössten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg», sagt Christine Schraner Burgener, die Chefin des Staatssekretariats für Migration (SEM).³ Im Jahr 2022 verzeichnete die Schweiz 24'511 Asylgesuche, so viele wie seit dem Rekordjahr 2015 nicht mehr. Hinzu kommen 74'959 Ukraine-Schutzsuchende mit Status S (kollektive Aufnahme ohne individuelle Prüfung der Asylgründe) – eine enorme Belastung für unser Land!

³<https://www.blick.ch/politik/sem-chefin-christine-schraner-burgener-im-interview-wir-sind-in-der-groessten-fluechtlingskrise-seit-dem-zweiten-weltkrieg-id18003533.html>.

Anstieg ausländische Bevölkerung 2022:

Asylgesuche	24'511
Ukraine-Schutzsuchende	74'959
Migrationssaldo	81'345
Total Anstieg ausländische Bevölkerung	180'815

Im vorliegenden Positionspapier zur Ausländer- und Migrationspolitik legt die Schweizerische Volkspartei (SVP) auf Basis der massgebenden Zahlen und Fakten eine Analyse des dramatischen Ist-Zustands vor und präsentiert ihre konkreten Forderungen zur Problemlösung. Denn eines ist klar: Die ungesteuerte Zuwanderung und die ungebremsste Bevölkerungsexplosion müssen gestoppt werden. Nur wer die Schweiz aufgegeben hat, verzichtet auf die eigenständige Steuerung der Migration.

3. Fakten und Analyse

3.1 Millionenzuwanderung und Kontrollverlust

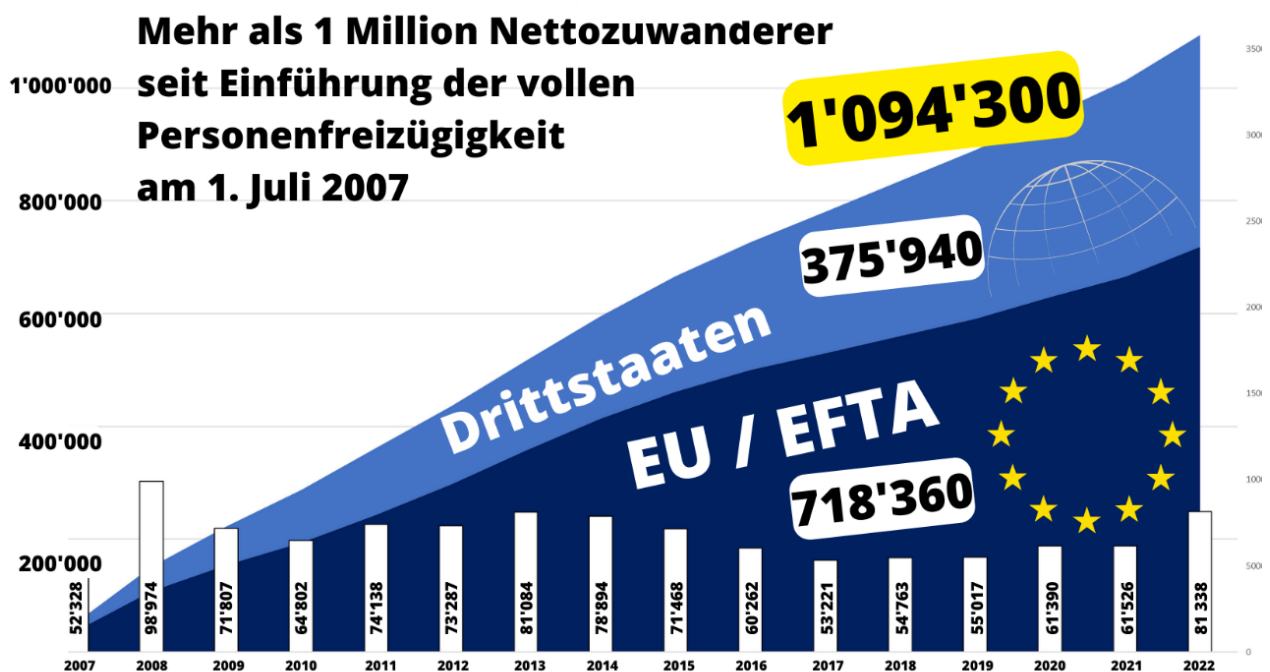
Der Kleinstaat Schweiz ist einem beispiellosen Zuwanderungsdruck ausgesetzt. Seit dem Jahr 2000 hat die ständige Wohnbevölkerung um 1,5 Millionen Menschen zugenommen (s. Grafik). Ende 2022 leben rund 9 Millionen⁴ auf den nur 41'000 Quadratkilometern, von denen erst noch ein grosser Teil aus unbewohnbaren Bergen, Wäldern, Seen und Felsen besteht. Verantwortlich dafür ist nicht etwa ein wundersamer Kinderreichtum, sondern der anhaltende Zustrom von Ausländern: Die Zuwanderung ist der Haupttreiber des Bevölkerungswachstums. Die 10-Millionen-Schweiz wird schon bald Tatsache sein. Bis 2034 rechnet das Bundesamt für Statistik bereits mit 10,55 Millionen Einwohnern (Szenario «hoch»).

Jahr	Ständige Wohnbevölkerung am 1. Januar	Bevölkerungswachstum
2000	7 164 444	39 611
2001	7 197 638	58 015
2002	7 255 653	58 200
2003	7 313 853	50 295
2004	7 364 148	50 954
2005	7 415 102	44 026
2006	7 459 128	49 611
2007	7 508 739	84 755
2008	7 593 494	108 362
2009	7 701 856	83 950
2010	7 785 806	78 206
2011	7 870 134	84 528
2012	7 954 662	84 398
2013	8 039 060	100 571
2014	8 139 631	98 035
2015	8 237 666	89 460
2016	8 327 126	92 424
2017	8 419 550	64 580
2018	8 484 130	60 397
2019	8 544 527	61 506
2020	8 606 033	64 267
2021	8 670 300	68 491
2022	8 738 791	73 909
Total		1 468 551

Quelle: BFS, ständige Wohnbevölkerung. **Asylgesuchsteller und Schutzstatus erscheinen nicht in dieser Statistik, da diese beiden Kategorien nicht zur «ständigen Wohnbevölkerung» gezählt werden.**

⁴Die ständige Wohnbevölkerung betrug Ende 2022 8,812 Millionen. Dazu kommen 75'000 Ukrainer, ca. 70'000 Sans-Papiers und Personen, deren Asylgesuch noch nicht definitiv behandelt worden ist.

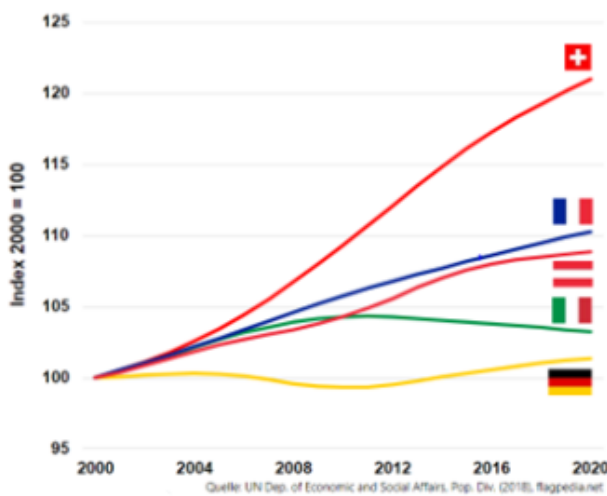
Besonders drastisch ist die Bevölkerungsexplosion seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU am 1. Juli 2007. Allein in diesen letzten 15 Jahren ist die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz um über eine Million gestiegen (s. Grafik). Seither wuchs die Bevölkerung jedes Jahr um mindestens 60'000 Personen, 2008 waren es sogar über 108'000 und 2022 gar um 180'815. Zum Vergleich: Das entspricht etwa der Einwohnerzahl der Stadt Basel. Durchschnittlich beträgt die Nettozuwanderung in die Schweiz jedes Jahr rund 80'000 Personen. Die Schweiz wächst somit jedes Jahr im Umfang der ganzen Stadt Luzern oder St. Gallen.



Quelle: SEM, Migrationssaldo in der ständigen Wohnbevölkerung. Asylgesuchsteller und Schutzstatus erscheinen nicht in dieser Statistik, da diese beiden Kategorien nicht zur «ständigen Wohnbevölkerung» gezählt werden.

Wie massiv das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist, zeigt ein Vergleich mit den Nachbarländern. Während die Schweiz in den Jahren 2000 bis 2020 relativ um 21 Prozent wuchs, waren es im gleichen Zeitraum in Deutschland nur 1,3 Prozent. Die Schweiz wuchs also sechzehnmal schneller als die Bundesrepublik!

Bevölkerungswachstum Nachbarländer



Relatives Wachstum 2000-2020

gemäss UN-Daten (2018)

+ 21.0%

+ 10.3%

+ 8.8%

+ 3.2%

+ 1.3%

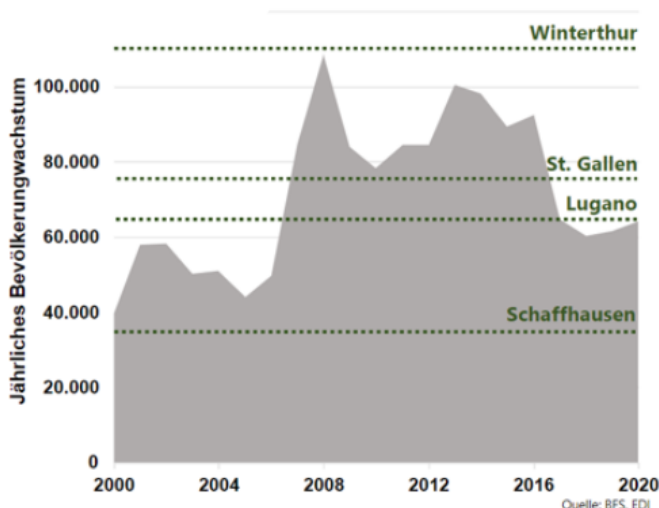


**ca. 16 x schneller
als Deutschland**

Diese ungebremste Zuwanderung wollte die SVP mit ihrer Masseneinwanderungsinitiative stoppen. Das Volk stimmte dem Begehren und damit der Rückkehr zu einer massvollen, vernünftigen und selbstbestimmten Zuwanderungspolitik am 14. Februar 2014 zu. Doch die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments weigert sich bis heute, die geltende Verfassungsbestimmung umzusetzen.

Damit verhindert das Parlament die vom Volk beschlossene eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung. Das ist ein staatspolitischer Skandal, der die direkte Demokratie schwer beschädigt, und es ist fatal für die gesunde Entwicklung unseres Landes. Es kann nicht angehen, dass die Schweiz ausgerechnet in diesem hochsensiblen Kernbereich der Politik die Zügel aus der Hand gibt.

Bevölkerungswachstum



In nur 20 Jahren:



+ 1.5 Millionen



13 x Winterthur

19 x St. Gallen

23 x Lugano

40 x Schaffhausen



**~80% durch
Zuwanderung**

3.2 Asylpolitik ausser Rand und Band

3.2.1 Milliarden für Asylmigranten aus der ganzen Welt

Auch das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweiz und die Steuerzahler. «Die Asylunterkünfte des Bundes sind am Anschlag, und die Kantone öffnen zum Teil die Zivilschutzanlagen», berichtete der «Tages-Anzeiger».⁵ In der Romandie «rufen Gemeinden um Hilfe», titelt die Zeitung «Le Temps». «Mehrere Ortschaften können den Zustrom von Flüchtlingen auf ihr Gebiet nicht mehr bewältigen»⁶.

Die Krisenlage spiegelt sich in den explodierenden Kosten. Allein auf Bundesebene betragen sie im Jahr 2022 rund 1,5 Milliarden Franken. Hinzukommen horrende Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den ukrainischen Flüchtlingen mit Status S in der Schweiz. 2022 betragen sie über 1,1 Milliarden Franken. Für 2023 sind Ausgaben von 4 Milliarden Franken budgetiert!

**Asylausgaben Bund 2021: 1,5 Mrd.
Budgetierte Asylausgaben 2023: 4 Mrd!**

**Das heisst pro Kopf/Jahr 450 Steuerfranken! Oder 1800
Steuerfranken für eine 4-köpfige Familie!**

**Und diese Zahl berücksichtigt nicht die kantonalen und
kommunalen Ausgaben (Sozialleistungen, Integration,
Wohnen, Gesundheitskosten usw.)!**

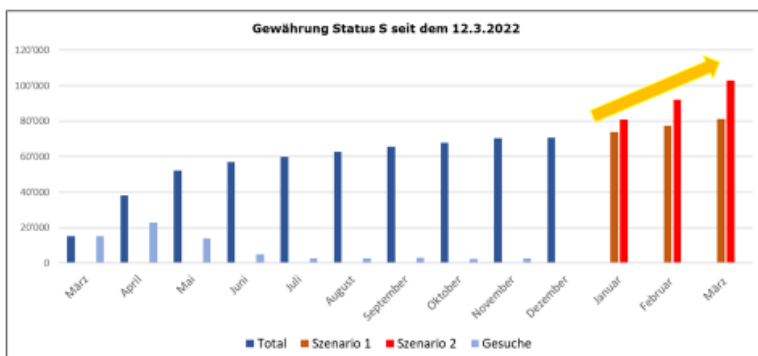
Gleichzeitig steigen die Kosten für Kantone und Gemeinden. Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) meldet eine «tickende Zeitbombe» – aufgrund von Mehrkosten in Milliardenhöhe bei der Sozialhilfe.⁷ Es sei deshalb von massiven Steuererhöhungen auszugehen.

⁵9. Dezember 2022, S. 2.

⁶ <https://www.letemps.ch/suisse/val-de-aoste/asile-communes-valdoises-appellent-laide>.

⁷ <https://www.srf.ch/news/schweiz/asylsozialkosten-in-gemeinden-eine-tickende-zeitbombe>.

Status S bringt massive Mehrbelastungen



Bislang erhielten fast **71'000 Ukrainer** Aufnahme in der Schweiz (Status S).

Der Bund rechnet im ersten Quartal 2023 mit **15'000 bis 35'000 weiteren Anträgen** aus der Ukraine.

2023 rechnet der Bund mit durchschnittlich **100'000 Ukrainern** in der Schweiz, im Jahr 2024 mit **25'000**.

Die Aktivierung des Status S führt zu **massiven Mehrausgaben** für Bund, Kantone und Gemeinden. **Der Asylbereich kostet den Bund mittlerweile über 4 Mia. Franken.** Die Landwirtschaft kostet uns 3,7 Mia. Franken, die Armee 5,3 Mia. Franken.



3.2.2 Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Unser Land ist – unabhängig von realen Asylgründen und Konfliktlagen – eines der beliebtesten Zielländer für Asyl-Migranten in Europa. Dies nicht, weil die Schweiz an der europäischen Aussengrenze läge und somit die naheliegendste Auffangdestination wäre. Nein, sie ist so beliebt und begehrt, weil sie umfangreiche Sozialleistungen bietet und weil praktisch alle, die hierbleiben wollen, auch hierbleiben dürfen.

Dabei handelt es sich in der Regel nicht um Flüchtlinge, sondern um Asylmigranten, die auf der Suche nach einem besseren Leben durch etliche sichere Drittstaaten illegal in unser Land kommen.

Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent⁸. Oder anders gesagt: **Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.**

Die Folgen dieser unverantwortlichen Politik sind fatal: Zu viele Asylmigranten kommen aus frauenverachtenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar. Das verursacht Milliarden an Kosten bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in der Bildung sowie bei Polizei und Justiz.

⁸<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20224218>.

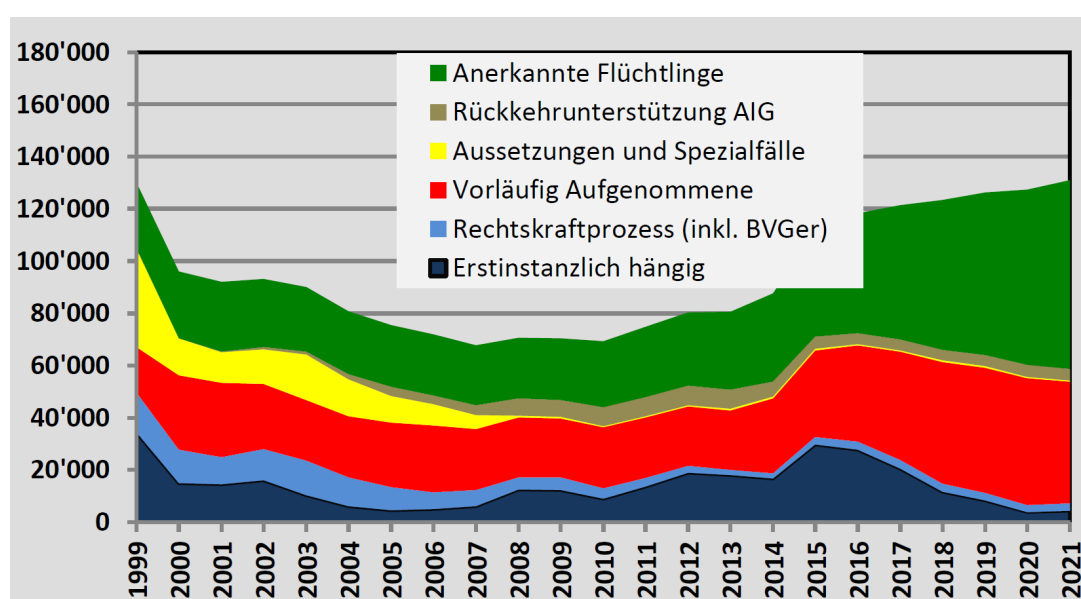
Hinter der Asylmigration der mehrheitlich jungen Männer aus Afrika, Afghanistan, Irak usw. stecken **kriminelle Schlepperbanden**.

3.2.3 Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asylchaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten vorläufig Aufgenommenen, die praktisch mit einer dauerhaften Aufnahme rechnen können. Aber auch die abgewiesenen Asylbewerber können durch Widerstand, Untertauchen oder fehlende oder mangelhafte Rückübernahmeabkommen häufig gar nicht in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden. Daher gilt: Wer den Schweizer Boden betreten hat und «Asyl, Asyl» sagt, hat es meist schon geschafft.

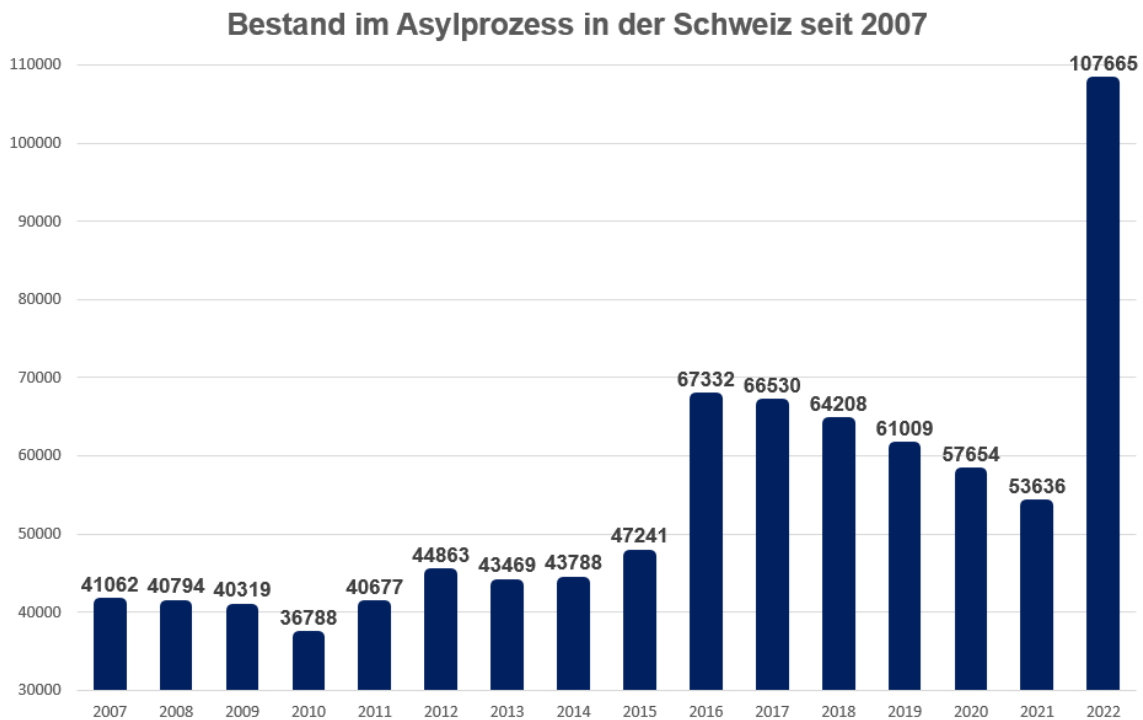
«Vorläufig Aufgenommene» sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, aber nicht ausgeschafft werden können. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige Aufnahme. Nur gerade 112 mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen⁹. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Aktuell steuert die Schweiz im Asylbereich auf ein Fiasko zu: Noch nie in den letzten zwei Jahrzehnten wurden so viele anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene registriert (s. Grafik).



⁹<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20224008>.

Im Jahr 2022 befanden sich gegen 108'000 Personen im Asylprozess – ein Rekord (s. Grafik).



3.2.4 Das Schweizer Asylsystem krankt an grundsätzlichen Systemfehlern

Die Probleme beim Vollzug sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Das Schweizer Asylwesen krankt an grundsätzlichen Systemfehlern, die niemand anpackt:

- **Offene Grenzen:** Die Schweiz hat die Kontrolle über ihre Aussengrenzen praktisch aufgegeben – und damit eines der wesentlichen Merkmale eines souveränen Staates. Sie ist nicht nur offen für die gegen 500 Millionen Europäer, die von der Personenfreizügigkeit profitieren. Auch für den Grossteil der Dritten Welt besteht faktisch ein Einwanderungsrecht über die Asylschiene.
- **Falsche Auswahl:** Wir haben ein Einwanderungssystem für Personen vor allem aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten geschaffen, ohne je demokratisch darüber abgestimmt zu haben. Statt diejenigen auszuwählen, die wir wollen und die etwas können, bevorzugen wir schlechtausgebildete Zuwanderer aus fremden, schwer mit den hiesigen Werten vereinbaren Kulturen. Für einen hochqualifizierten US-Amerikaner ist es schwieriger, in die Schweiz zu kommen, als für einen analphabetischen Somalier.
- **Unechte Flüchtlinge:** Asyl erhalten sollen – so will es das Gesetz – Personen, die in ihrer Heimat an Leib oder Leben bedroht sind. In Wirklichkeit dürfte das nur bei den wenigsten der Fall sein. Das wissen selbst die Linken, wenn sie von «Wirtschafts- und

Armut Flüchtlings» reden. Hinweise darauf finden sich auch in den offiziellen Statistiken. Dank einer Anfrage der Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann liegen Zahlen dazu vor, was aus den über 39'000 Gesuchstellern im Jahr 2015 geworden ist.¹⁰ Asyl gab es nur für gut einen Fünftel davon, dennoch erhielten am Ende beinahe 28'000 in irgendeiner Form ein Bleiberecht, was 70% der Gesuche entspricht!

- **Verschleierte Identität:** Wie das SEM eine Recherche der «Weltwoche» bestätigte, reicht «eine Mehrheit der Asylsuchenden» in der Schweiz «keine Identitätspapiere» ein.¹¹ Und diese Mehrheit ist erschreckend hoch: Bei den jugendlichen Asylbewerbern, wo präzise Zählungen vorliegen, sind es 96,3 Prozent! Von 100 Gesuchstellern verschleiern also über 96, wer sie wirklich sind. Dabei ist klar: Wer tatsächlich politisch verfolgt ist und deshalb Anrecht auf Asyl beanspruchen darf, muss alles Interesse daran haben, sich korrekt auszuweisen.
- **Junge Männer:** Dass die Falschen kommen, zeigt unterem anderem die Tatsache, dass in erster Linie junge Männer in Europa die Asylplätze besetzen wollen. Von den zwischen Januar und August 2022 via Mittelmeer angelandeten «Flüchtlingen» waren nur sechs Prozent Frauen.¹²
- **Dublin-System:** ist gescheitert. Würde der Dublin-Vertrag im Wortlaut umgesetzt, hätte die Schweiz praktisch keine Asylgesuche. Unser Land ist von sicheren EU-Drittstaaten umgeben und hat keine Schengen-Aussengrenze. Gemäss Dublin dürften einzig Personen über den Luftraum in die Schweiz einreisen und hier ein Asylgesuch stellen.
- **Beschleunigtes Asylverfahren:** bringt keinen Mehrwert. Im Gegenteil: Da die Anerkennungs- und Schutzquote (60%) rekordhoch sind, erhalten diese Personen nur noch schneller Zugang zu allen Privilegien und das auf Kosten der Steuerzahler und mithilfe von Dolmetschern und Anwälten. Zu allem Überfluss waren noch nie so viele Verfahren anhängig wie heute.

Erschreckend hoch ist die Kriminalität unter den Asylbewerbern (s. Kapitel 6). Mindestens so stossend ist die hohe Sozialhilfequote. Im Asylbereich betrug sie im Jahr 2020 über 83 Prozent, bei den Flüchtlingen sogar über 84 Prozent.¹³ Auch nach Jahren in der Schweiz ist die erdrückende Mehrheit der anerkannten Flüchtlinge nicht willens oder in der Lage, für den Lebensunterhalt zu sorgen. Das ist eine grosse finanzielle Belastung auch für die Kantone und die Gemeinden.

¹⁰ Schweiz ächzt unter Asylrekordjahr, Die Weltwoche, 13. Juni 2019, <https://weltwoche.ch/story/schweiz-aechzt-unter-asylrekordjahr/>.

¹¹ «Asyl für unbekannt», Weltwoche Nr. 32/2017.

¹² Operational Data Portal, Refugee situations, UNHCR, <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean>.

¹³ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/sozialhilfe/sozialhilfebeziehende/asylbereich.html>.
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/sozialhilfe/sozialhilfebeziehende/fluechtlingsbereich.html>.

Es kommen überproportional Kriminelle

71,4% der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15,9%

Während laut der vom Europarat in Auftrag gegebenen und kürzlich veröffentlichten Studie SPACE I über Gefängnisse in Europa von Marcelo Aebi und Mélanie M. Tiago der Universität Lausanne (UNIL) der Ausländeranteil an der Gefängnisbevölkerung in Europa 15,9% beträgt, beläuft er sich in der Schweiz auf 71,4%.
• Quelle Swissinfo1

Fazit:
Es kommen
die Falschen



Attacke am HB Zürich
Eritreer (26) wegen versuchter Tötung in U-Haft

Am Sonntagabend schlägt ein Mann am Zürcher Hauptbahnhof auf zwei Frauen ein. Selbst als eine der beiden Frauen schon regungslos am Boden liegt, tritt er weiter auf sie ein. Die Zürcher Staatsanwaltschaft leitet nun Ermittlungen wegen eines Tötungsversuchs ein.

3.3 Wer kommt in die Schweiz und wozu?

3.3.1 Billigarbeiter und Familiennachzug statt Fachkräfte

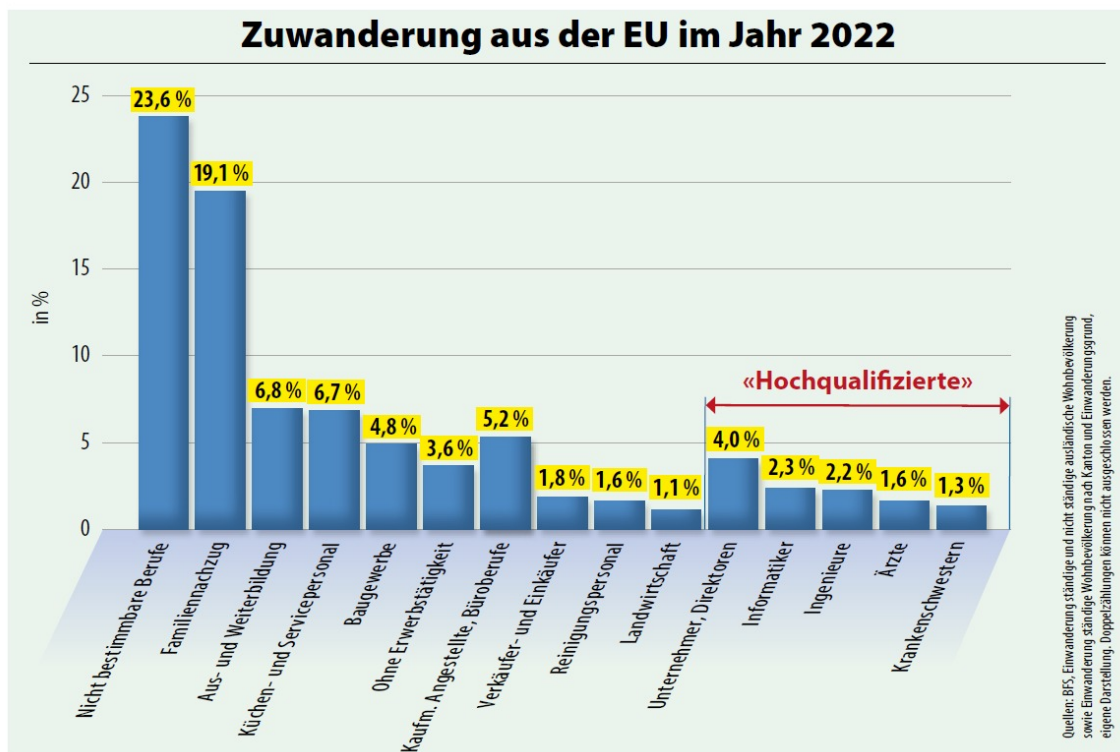
Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte ist, es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag».¹⁴ Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist.

Nicht dringend benötigte Ärzte oder Ingenieure führen also die Hitliste der Einwanderer nach Branchen an, sondern billige Arbeitskräfte etwa in der Gastronomie.

Ebenso kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren 2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.

Zuwanderer verschärfen sogar noch den Fachkräftemangel, da sie Wohnungen, Gesundheitsleistungen, Schulen, Energie oder andere Dienstleistungen brauchen.

¹⁴ Nr. 48/2016.



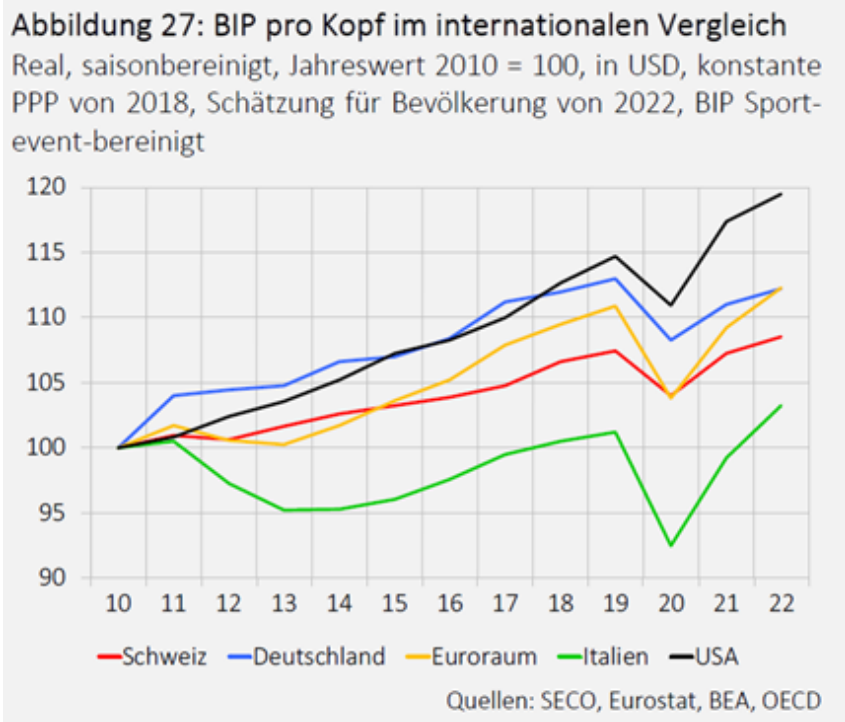
3.3.2 Zuwanderer profitieren – nicht die Schweizer

Gerne wird behauptet – an vorderster Front vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse –, dass die Schweizer Wirtschaft dank der Zuwanderung wachse. Das stimmt allerdings nur beim Gesamtwachstum. Es ist völlig logisch, dass eine Volkswirtschaft «wächst», wenn wie letztes Jahr 180'000 Menschen zusätzlich in die Schweiz kommen: Diese Leute kaufen Lebensmittel, brauchen Alltagsdinge wie Kleider und Kosmetik, sie beanspruchen Dienstleistungen, brauchen Wohnungen usw.

Entscheidend ist jedoch das Wachstum pro Kopf. Wird nur der Gesamtkuchen grösser oder auch das persönliche Stück Kuchen? Und hier sieht die Bilanz ernüchternd aus: Pro Kopf ist die Schweiz durch die Personenfreizügigkeit kaum wohlhabender geworden. Die «längerfristigen Hauptprofiteure» der Zuwanderung seien nicht die Schweizer und der Mittelstand, sondern «die Zuwanderer selbst sowie all diejenigen, die mehr Immobilien und Boden besitzen, als sie für ihren Eigenbedarf benötigen», schreiben die Ökonomen Reiner Eichenberger und David Stadelmann.¹⁵

Selbst der linke «Tages-Anzeiger» muss einräumen: «Das Wachstum in der Schweiz ist hauptsächlich vom Bevölkerungswachstum getrieben.» Davon hat der Einzelne aber nichts. «Das ist schon länger ein Problem, wie David Marmet, Chefökonom der Zürcher Kantonalbank, berechnet hat», schreibt der «Tages-Anzeiger». «So wuchs in den letzten dreissig Jahren das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in den USA um 55 Prozent und in Deutschland um 36 Prozent – in der Schweiz aber nur um 29 Prozent.» Grund dafür sind die mangelnde Produktivität – und die Zuwanderung, die Wachstum und Wohlstand wegfrisst.

¹⁵ Der Sonntag, Nr. 27/2012.



3.3.3 Grenzgänger verdrängen Tessiner und Westschweizer aus Jobs

Noch grössere Probleme entstehen durch die Personenfreizügigkeit in den Grenzregionen, insbesondere in der Westschweiz und im Tessin. Das Lohngefälle zwischen der Schweiz und dem angrenzenden Ausland erzeugt dort einen immensen Druck auf den Arbeitsmarkt.

Am stärksten betroffen ist die Südschweiz. In der italienischen Nachbarregion Lombardei leben 10 Millionen Menschen und 4,5 Millionen Erwerbstätige. 2019 waren 270'000 davon arbeitslos. Das sind mehr als das Tessin Werkstätige hat (234'000). Diese Gegebenheiten beeinflussten die Wirtschaft des Tessins «massgeblich», schreibt «Die Volkswirtschaft».¹⁶

Eine Studie des Statistischen Amtes des Kantons Tessin kam schon 2012 zum Schluss, die Abschaffung des Inländervorrangs als Folge der Personenfreizügigkeit habe in den Grenzregionen zu einem Verlust von über 40'000 Arbeitsplätzen in praktisch allen Wirtschaftszweigen geführt. So sei insbesondere die Anzahl Stellen, die mit einheimischen Arbeitskräften besetzt sind, geschrumpft (49'477 Arbeitsplätze weniger). Gleichzeitig seien gegen 9'000 Stellen mit in der Schweiz wohnenden Ausländern besetzt worden.

Fazit: Die Schweizer Arbeitskräfte werden durch die Grenzgänger verdrängt.¹⁷

Dasselbe Bild zeigt sich generell bei der Freizügigkeit, auch über die Grenzregionen hinaus: «Dank der Personenfreizügigkeit konnten Länder wie Polen, Tschechien, Ungarn oder Rumänien ihre Arbeitslosigkeit

¹⁶<https://dievolkswirtschaft.ch/de/2021/03/spezialfall-tessin/>.

¹⁷<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20123669>.

exportieren», stellt der Ökonom George Sheldon fest.¹⁸ «Ein Schweizer Mythos zerfällt: Vom Land ohne Arbeitslosigkeit zum europäischen Mittelmass», titelte in diesem Zusammenhang das «Tagblatt».¹⁹

Jahr	Anzahl Grenzgänger
2003	166 451
2004	170 500
2005	176 701
2006	181 352
2007	199 724
2008	213 911
2009	219 407
2010	227 228
2011	242 064
2012	261 014
2013	272 362
2014	285 887
2015	296 222
2016	304 945
2017	311 212
2018	319 664
2019	327 501
2020	338 112
2021	343 331
2022	364 175
2023	386 330

Quelle: BFS, Grenzgängerstatistik, 2023.

3.3.4 Zuwanderer leeren Arbeitslosenkasse

Die vielen Zuwanderer profitieren vom Schweizer Sozialstaat, ohne dass sie oder ihre Vorfahren zuvor je in die Sozialwerke eingezahlt hätten. Das zeigt sich eindrücklich bei der Arbeitslosenversicherung: «Fast jeder 10. Bulgare in der Schweiz ist arbeitslos», berichtete «20 Minuten».²⁰ Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien sei «stark gestiegen, seit es keine Kontingente mehr gibt». Mit anderen Worten: Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf diese Länder hat zu einem Ansturm auf die Schweiz und auf ihre Sozialwerke geführt.

Die zuvor schon sehr hohe Arbeitslosenquote von Bulgaren und Rumänen in der Schweiz stieg mit der Personenfreizügigkeit noch einmal rasant an. Hatte sie im Jahr 2015 8,8 Prozent (Bulgaren) und 6 Prozent (Rumänen) betragen, lag sie per Ende 2018 bei rekordhohen 14,2 beziehungsweise 8,5 Prozent. Das kann nichts anderes heissen, als dass hier eine Zuwanderung

¹⁸<https://www.tagblatt.ch/schweiz/arbeitslosigkeit-in-der-schweiz-nur-noch-europaeisches-mittelmass-id.1129727>.

¹⁹ Ebd.

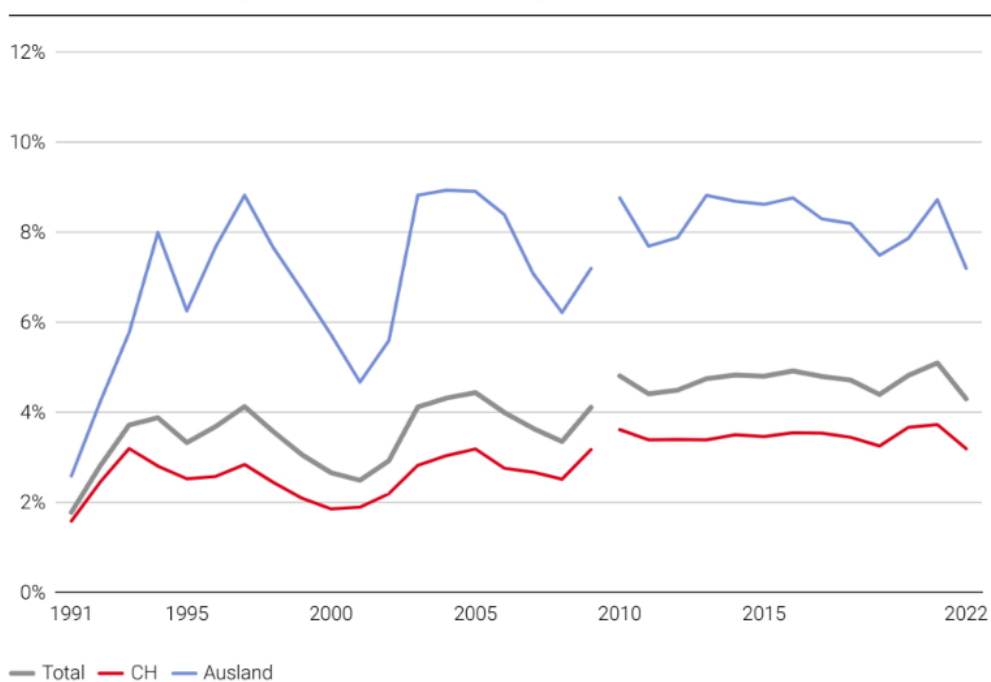
²⁰<https://www.20min.ch/story/fast-jeder-10-bulgare-in-der-schweiz-ist-arbeitslos-818207451195>.

ins Schweizer Sozialsystem stattfindet. Trotz hoher Nachfrage am Arbeitsmarkt lag die Arbeitslosenquote von Bulgaren Ende 2021 immer noch bei 13,2%, diejenige von Rumänien stieg sogar auf 9,5%²¹.

Der Befund gilt generell: Ausländer beziehen überproportional viel Arbeitslosengeld. «In der Schweiz sind 44 Prozent aller Erwerbslosen ausländischer Herkunft», schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) 2021. Der überdurchschnittlich hohe Anteil erkläre sich «nicht nur mit Personen aus Drittstaaten, sondern auch mit Bürgern der EU».²² **Inzwischen hat sich die Lage weiter verschärft: Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent).²³ Bei einem Ausländeranteil von rund 25 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht dies einer krassen Übervertretung: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer!**

Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Nationalität, Bruttowerte

Jahresdurchschnittswerte (1991–2009: Werte des 2. Quartals)



Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2023

Im Jahr 2021 lag die Arbeitslosenquote der Schweizer bei 2,1 Prozent – und diejenigen der Ausländer bei 5,2 Prozent.²⁴ Die Zuwanderer beziehen also mehr als doppelt so oft Arbeitslosengelder als die Einheimischen.

²¹Registrierte Arbeitslose nach Nationalitätengruppen, SECO, 2022.

²²<https://www.nzz.ch/wirtschaft/bei-auslaendern-steigt-die-erwerbslosigkeit-im-zuge-der-corona-krise-deutlich-staerker-als-bei-den-schweizern-ld.1602577?reduced=true>.

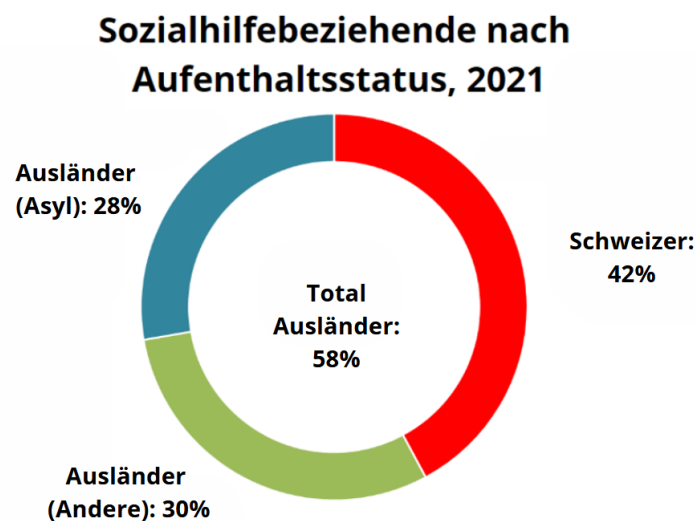
²³«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», Seco, 7. Dezember 2022.

²⁴«Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Nationalität und Alter», Bundesamt für Statistik, 7. Juli 2022.

3.3.5 Ausländer belasten Sozialhilfe

Dasselbe Bild wie bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich bei der Sozialhilfe. Auch hier sind die Zuwanderer markant übervertreten. Während im Jahr 2020 2,1 Prozent der Schweizer Sozialhilfe bezogen, wiesen die Ausländer eine Sozialhilfequote von 6,1 Prozent aus.²⁵ Das entspricht fast einem Faktor drei!

Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent²⁶. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.



Quelle: BFS, Sozialhilfeempfängerstatistik, 2022.

Dabei scheint sich das Leben auf Kosten des Staates – sprich: der Steuerzahler – in Ausländerfamilien zu vererben, ja, von Generation zu Generation noch zu verstärken. So zeigen die Daten des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2019, dass der grösste Unterschied bei der Arbeitslosenquote zwischen den in der Schweiz geborenen schweizerischen (2,0 Prozent) und ausländischen Staatsangehörigen (8,8 Prozent) besteht – mit einer Differenz von 6,8 Prozentpunkten.

Dass dieser Befund keine Ausnahme ist, zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre. Das Bundesamt für Statistik schreibt dazu: «Zwischen 2010 und 2019 ist der Anteil Sozialhilfeempfänger in der Gesamtbevölkerung leicht angestiegen (+0,2 Prozentpunkte). Zwischen 2012 und 2019 ist der grösste Anstieg bei den in der Schweiz geborenen Ausländerinnen und Ausländern festzustellen.»²⁷ In diesem Zeitraum wuchs

²⁵«Sozialhilfequote nach Staatsangehörigkeit und Geburtsort, Geschlecht und Altersgruppe, in %, 2020», Bundesamt für Statistik.

²⁶<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224218>.

²⁷<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/integrationindikatoren/indikatoren/sozialhilfequote-haushaltsquote.html>.

die Sozialhilfequote dieser Bevölkerungsgruppe um 0,9 Prozentpunkte, also um viereinhalb mehr als in der Gesamtbevölkerung.

3.3.6 Krankenkasse und Prämienverbilligung

Das Krankenkassen-Obligatorium besagt, dass jede Person krankenversichert ist. Kann die Person die Prämien nicht zahlen, werden Prämienverbilligungen gewährt. Da die Krankenkasse eine Sozialversicherung ist, hat jede Person ab dem 1. Tag in der Schweiz Anspruch auf den gesamten Leistungskatalog – und kann damit auf die Leistungen einer Spitzenmedizin zugreifen. Zwangssolidarisch mitfinanziert von den hiesigen Prämien- und Steuerzahlern.

Fünf-Sterne-Gesundheitsparadies für Asylanten und illegale «Sans-Papiers»

Die Kosten, welche sogenannte Vertriebene für unser Gesundheitssystem auslösen, sind immens. Beziffern will diese allerdings niemand. Der Bundesrat erklärt lapidar: «Da die ukrainischen Flüchtlinge nicht Teil eines separaten Versichertenkollektivs sind, liegen dem Bundesrat keine Zahlen zu den Kosten ihrer medizinischen Behandlung vor.» Oder: «Auch die medizinischen Kosten von Asylsuchenden können nicht ermittelt werden.»²⁸ Die durchschnittlichen Prämienkosten eines Asylanten, welcher in einem Bundesasylzentrum untergebracht war, betrug 2022 240 Franken pro Monat.²⁹ Für 100'000 Asylanten (wie im Jahr 2022 inklusive effektiv registrierte Ukrainer) wären dies auf ein Jahr hochgerechnet **288 Millionen Franken nur für Prämienzahlungen!** Dazu kommen zehntausende Asyl-Migranten, die bereits im Asylprozess sind. Die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Person für Franchise und Selbstbehalt betrugen 233 Franken im Jahr 2021³⁰.

Transsexueller Asylant lässt sich Geschlechtsumwandlung zahlen

Wie hoch die Gesundheitskosten für alle Asylsuchenden, Ukrainer oder Sans Papiers effektiv sind, bleibt kaschiert. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die Krankenkassenprämien, Franchisen, Spezialbehandlungen etc. die Milliardengrenze pro Jahr übersteigen. Alles bezahlt durch den Schweizer Steuer- und Prämienzahler. Wie beispielsweise der Fall jenes transsexuellen Asylanten, der sich von der Krankenkasse eine Geschlechtsumwandlung bezahlen lassen und sich gleichzeitig aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität den Flüchtlingsstatus in der Schweiz sichern konnte.³¹ Noch besser: «Sans Papiers» - das heisst illegal sich in der Schweiz befindende Personen – dürfen Krankenkassenleistungen beziehen, ohne dass die Krankenversicherer mit der Migrationsbehörde kooperieren dürfen.³² In gewissen Kantonen können sie sogar Leistungen ohne

²⁸ [Interpellation Quadri 22.4118 | Steigende Krankenkassenprämien, Börsenverluste, Flüchtlinge usw.](#)

²⁹ [Fragestunde Buffat 22.7588 | Krankenkassenprämien von Asylsuchenden und von Ausreisepflichtigen](#)
<https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20227813>.

³⁰ [Interpellation Steinemann 18.4014 | Eine Geschlechtsumwandlung für einen abgewiesenen Asylbewerber](#)

³² [Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 12. April 2018 \(18.3381\), Seite 7.](#)

Krankenversicherung beziehen.³³ Dem Bundesrat scheint dies offenbar wenig zu kümmern: «Auch wenn Sans-Papiers sich nicht mehr einer Krankenversicherung anschliessen könnten, hätten sie dennoch Anspruch auf medizinische Grundversorgung, die durch den Leistungskatalog des KVG bestimmt werden kann.»³⁴ Und der Schweizer Prämienzahler wundert sich, dass die Prämien jedes Jahr massiv steigen...

3.3.7 Fazit: Einwanderung in den Sozialstaat

Die übermässige Vertretung der Ausländer unter den Bezüglern von Arbeitslosengeldern und Sozialleistungen zeigt: Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Die arbeitende Bevölkerung in der Schweiz muss dafür zahlen.

Dies gilt umso mehr, als davon noch weitere Sozialleistungen betroffen sind. Die im vorherigen Abschnitt betrachteten Daten betreffen nur die Sozialhilfe im engeren Sinn. Das Bundesstatistiker weisen darüber hinaus auch die Sozialhilfebezüger «im weiteren Sinn» aus.

Hier ist die Abhängigkeit noch viel grösser: Im Jahr 2020 lebten 9,5 Prozent der Bevölkerung in der einen oder anderen Weise vom Staat.³⁵ Zur Sozialhilfe im engeren Sinn kommen die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV sowie weitere staatliche Leistungen, von der Alimentenbevorschussung über die Familien- bis zu Wohnbeihilfen.

Auch hier wiederholt sich der Befund: Ausländer und insbesondere Asylsuchende und Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer (s. Grafik). Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

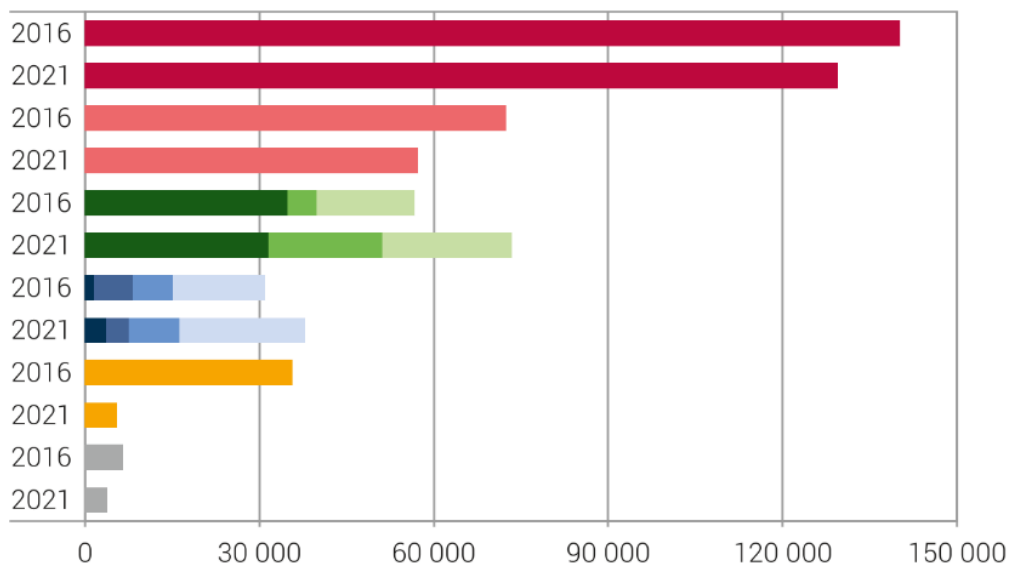
37'000 Sozialhilfe-Empfänger sind «vorläufig aufgenommene» Asyilmigranten mit negativem Asylentscheid. Das bedeutet, dass jeder achte Sozialhilfeempfänger nicht einmal das Recht hätte, sich in der Schweiz aufzuhalten. Trotzdem lebt er hier auf Kosten der Schweizerinnen und Schweizer.

³³ [Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 12. April 2018 \(18.3381\)](#), Seite 23.

³⁴ [Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 12. April 2018 \(18.3381\)](#), Seite 61.

³⁵ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/sozialhilfe/sozialhilfebeziehende.html>
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html>.

Übersicht der Sozialhilfebeziehenden nach Aufenthaltsstatus, 2016 und 2021



Schweizer/innen

Ausweis C

Niedergelassene inkl. Flüchtlinge mit Asyl C

Ausweis B

Jahresaufenthalter/innen

Flüchtlinge mit Asyl 5+

Flüchtlinge mit Asyl 5-

Ausweis F

vorläufig aufgenommene Flüchtlinge 7+

vorläufig aufgenommene Flüchtlinge 7-

vorläufig aufgenommene Personen 7+

vorläufig aufgenommene Personen 7-

Ausweis N

Asylsuchende

Andere

andere: Permis L, keine Bewilligung, andere Bewilligungen

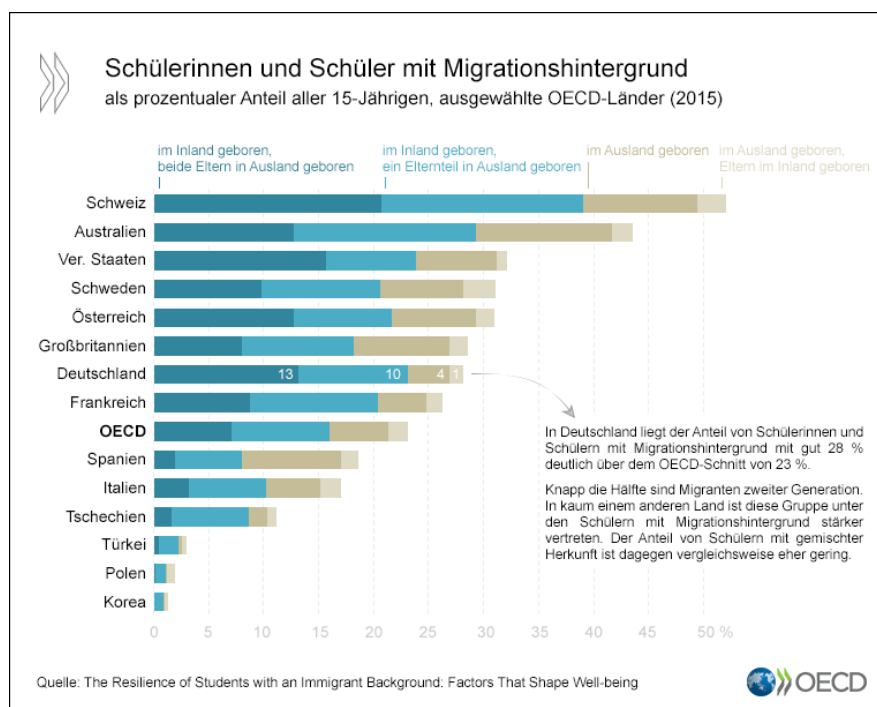
Anmerkung: Die Anzahl Dossiers/Personen ist nicht vollständig geliefert worden:
2016: Kantone TG und SH (in beiden Kantonen fehlen je rund 35 Personen).

4. Schweizer Kinder werden zur Minderheit

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund 50% aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund³⁶. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen.³⁷

Ob ein Kind Migrationshintergrund hat oder nicht, ist allein noch nicht problematisch. Wichtige Faktoren sind der Bildungshintergrund und die kulturelle Herkunft der Elternteile, ob die Kinder fremdsprachig aufwachsen, und wie hoch der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in einer Klasse insgesamt ist.

Integration ist vor allem auch eine Frage des Masses. Wenn in einer Klasse die Mehrheit der Kinder ausländische Wurzeln hat, wirkt sich dies auf die Bildungsqualität aus – insbesondere, wenn sie fremdsprachig aufwachsen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Dabei geht es nicht um ein international ausgerichtetes Elite-Internat, sondern insbesondere um Schulen in Agglomerationsgemeinden.



³⁶Die zugrundeliegende OECD-Studie stammt aus dem Jahr 2015 (siehe auch Grafik). Die Zahlen dürften seither noch gestiegen sein.

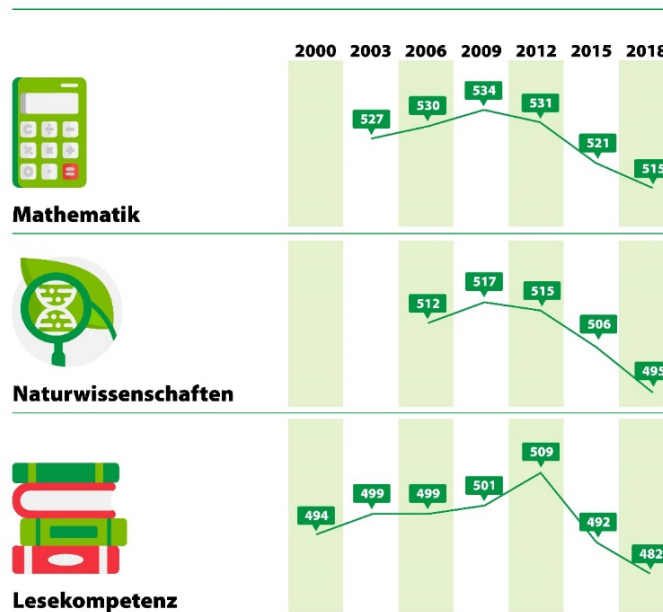
³⁷<https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/147/Startseite?FrmEntity=grweb.modules.dok.GrDok&FrmRequest=Download&DokId=4192419&Extension=.pdf>

2019 sind 45% der Schülerinnen und Schüler der Volksschule in Genf fremdsprachig (gegenüber 38% im Jahr 2000). Im öffentlichen Schulwesen geht Fremdsprachigkeit mit einer niedrigen sozialen Herkunft einher. Bei gleicher sozialer Herkunft ist der Einfluss der sprachlichen Herkunft auf die Schullaufbahn sehr viel weniger ausgeprägt.

Die OECD hat die Ergebnisse der PISA-Erhebung 2015 ausgewertet und kommt zum Schluss: Schüler mit Migrationshintergrund³⁸ hinken ihren Klassenkameraden mit Schweizer Pass schulisch hinterher. Nur 58 Prozent verfügten in der PISA-Studie über grundlegende Kenntnisse in allen drei Testgebieten Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Zwei von fünf Jugendlichen mit Migrationshintergrund verpassten dieses Ziel. Bei Schweizer Jugendlichen war es nur einer von fünf. Linke Konzepte wie «integrative» Schule und «Schreiben-nach-Gehör» wirken gerade in Klassen mit hohem Ausländeranteil kontraproduktiv.

Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht. Bedenklich ist, wie das einst hochgelobte Bildungsland Schweiz abtaucht (siehe Grafik) – und zwar parallel in allen Testgebieten. Bei der Lesekompetenz liegen die Schweizer Schülerinnen und Schüler sogar unter dem OECD-Schnitt.

Leistungstrends der Schweizer Schüler in der Pisa-Studie



³⁸Dies sind gemäss OECD Schüler, die entweder im Ausland geboren sind oder mindestens einen Elternteil haben, der im Ausland zur Welt kam.

5. Die Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung im Alltag

Was die unkontrollierte Massenzuwanderung konkret bedeutet, erleben wir Tag für Tag:

- Die Landpreise und die Mieten explodieren. Reiche Expats verdrängen die Mieter aus den Städten. Auf dem Land kann sich der Mittelstand kaum mehr Wohneigentum leisten.
- Zusätzlich werden langjährige Mieter für Asyl-Migranten aus Wohnungen gedrängt bzw. die Gemeinden sind bereit für «günstige» Wohnungen mehr zu bezahlen – somit sucht der einfache Arbeitnehmende oder Rentner vergebens für eine neue Wohnung.
- Das Kulturland wird zubetoniert, die Schönheit unserer Landschaft wird verschandelt.
- Der ungebremsste Zustrom von Ausländern und die bürokratischen Auflagen für unsere produzierenden Landwirte gefährden die Versorgung mit gesunden einheimischen Nahrungsmitteln.
- Die Zuwanderung und die dadurch verursachte Bevölkerungsexplosion belasten die Umwelt und verschärfen die Versorgungskrise im Energiebereich.
- Die Strassen sind verstopft, die täglichen Staus verursachen volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe.
- Die Züge sind überfüllt, verspätet oder fallen aus.
- Die nötigen Investitionen in die Infrastruktur, die weder auf der Strasse noch auf der Schiene für so viele Menschen ausgelegt ist, belasten die Bundeskasse.
- Der wachsende Ausländeranteil führt zu massiven Problemen an den Schulen. In gewissen Schulhäusern gibt es ganze Klassen ohne einen einzigen Schweizer Schüler. Die Mehrheit hat keine genügenden Kenntnisse der Landessprache. Das Bildungsniveau sinkt. Die Ghettoisierung nimmt zu.
- Ein normaler und geordneter Unterricht ist vielerorts nicht mehr möglich. Wo früher ein Klassenlehrer für die notwendige Kontinuität und pädagogische Bindung sorgte, weibelt und wuselt heute eine unüberschaubare Menge von Teilzeitlehrern, Sonderpädagogen, Klassenbegleitern, Logopäden, Schulsozialarbeitern, Psychologen, Übersetzern usw.
- Die masslose Zuwanderung führt zu einem Kulturwandel in Dörfern und Gemeinden. Vereine und politische Parteien haben Mühe, motivierte Mitglieder zu finden.
- In Firmen, Kulturinstitutionen und Verwaltung sitzen ausländische Vorgesetzte und Personalchefs. Wer bei der Bundesverwaltung anruft, wird zunehmend in schnarrendem Hochdeutsch abgefertigt.
- An den Universitäten und Hochschulen studieren immer mehr Ausländer – praktisch gratis, das heisst: zulasten der Schweizer Steuerzahler.

- Die Notfallstationen und Spitäler sind überfordert. Stundenlanges Warten ist zum Normalfall geworden. Das Gesundheitswesen ächzt. Die Qualität der Leistungen sinkt – dafür zahlen die Schweizer für Neuzuwanderer immer höhere Krankenkassenprämien.
- Die Integration der Ausländer verkommt mehr und mehr zum Wunschdenken – aufgrund der schieren Menge und der Tatsache, dass die falschen kommen.
- Die sozialen Spannungen nehmen zu.
- Viele Schweizer fühlen sich fremd im eigenen Land. Bewährte Schweizer Werte wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Genauigkeit gehen verloren. Davon können insbesondere die Lehrmeister ein Lied singen.
- Den jährlich fast 40'000 Eingebürgerten fehlt das Verständnis für die Schweizer Kultur und unser politisches System. Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität sind für viele Fremdwörter.
- Die Sicherheit im öffentlichen Raum schwindet. Betroffen sind in erster Linie Frauen und Mädchen. Sogar Schulkinder werden belästigt, wie der «Tages-Anzeiger» am Beispiel des Bundesasylzentrums in Zürich-West aufzeigte.³⁹

Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu einer immer irren drehenden Spirale: Noch mehr Zuwanderung führt zu noch mehr Zuwanderung. Obwohl jedes Jahr zwischen 60'000 und 80'000 Personen zusätzlich in die kleine Schweiz kommen, ruft die Wirtschaft nach Fachkräften – wobei die Zuwanderung selber einen Grossteil des Fachkräftemangels verursacht. Dazu kommen die immensen Infrastrukturausgaben und der Ressourcenverschleiss zu Lasten der ansässigen Bevölkerung, wie die folgende Grafik⁴⁰ zeigt:

³⁹«Asylzentrum in Zürich reagiert auf Klagen von Eltern», 10. Dezember 2022.

⁴⁰Eigene Berechnungen auf Basis von folgenden Quellen:

- Endenergieverbrauch nach Energieträgern, 1910-2021, 2022, BFS
- Elektrizitätsstatistik, 2022, BFE.
- Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung, 1861-2021, 2022, BFS,
- Anzahl Fahrzeuge, 2022, BFS,
- Öffentlicher Verkehr – Übersicht, 2002-2021, 2022, BFS,
- Belegungsdichte seit 1970, Wohnverhältnisse, 2022, BFS,
- Siedlungsfläche pro Einwohner, 2023, BFS
- FMH Ärztestatistik 2020 – die Schweiz im Ländervergleich,
- Infrastruktur, Beschäftigung, Finanzen, 2022, BFS,
- Gesundheit, Taschenstatistik 2019: 4 – Gesundheitswesen, 2019, BFS,
- Faktenblatt Bestand und Bedarf an Pflege- und Betreuungspersonal, 2021, BAG,
- Lernende: Basistabellen 2020/21, 2022, BFS,
- Schulen nach Bildungsstufe, 2022, BFS.

Was bedeuten zusätzliche 100'000 Einwohner?



5.1 Wohnungsnot, teure Mieten, kaum bezahlbares Wohneigentum

Die Mieten werden immer teurer⁴¹, zentrale Lagen sind kaum bezahlbar. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer können sich kein Wohneigentum mehr leisten. Im Jahr 2023 erreichen die Mietpreise neue Höchststände: Zwischen 2009 und 2023 stiegen die Mieten schweizweit um 20%, in den Boom-Regionen Waadt, Genf oder Zürich fast 30%.

Wohnungsnot in der Schweiz
Es fehlen bald über 50'000 Wohnungen

Die Wohnungssuche in der Schweiz wird immer schwieriger. Nun zeigen neue Zahlen, es wird in Zukunft nicht einfacher – im Gegenteil.

Schweiz wächst 2022 um fast eine Viertelmillion Menschen

Ukraine-Krieg und Wirtschaftsboom führen zu mehr Migration. Das werde zum Problem, sagt SVP-Nationalrätin Martina Bircher. Mitte-Nationalrätin Marianne Binder ist optimistisch, dass die Schweiz den Zuwachs bewältigt.

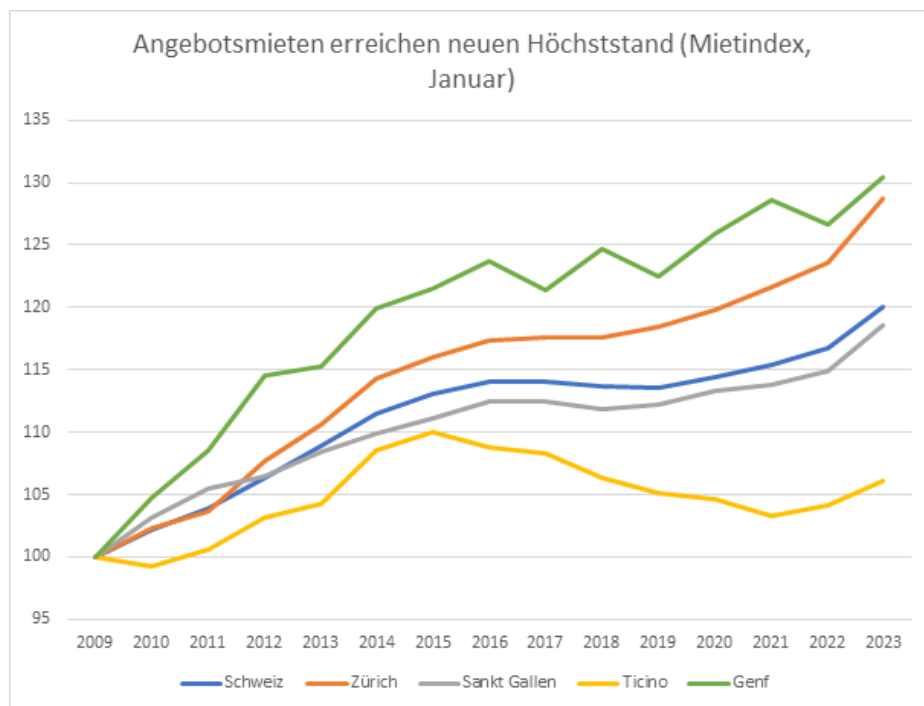
49 Mieter müssen raus – für Asylunterkunft

Gemeinden müssen Platz für Asylsuchende schaffen. Im Fall von Windisch bedeutet dies: 49 Mieter müssen raus, rund 100 Personen kommen rein. Gegen die Pläne des Kantons wehrt sich nun die Gemeinde.

Publiziert: 27.02.2023 um 12:42 Uhr
Aktualisiert: 27.02.2023 um 22:38 Uhr

⁴¹ Homegate Mietindex, April 2023, eigene Darstellung.

Dass die Zuwanderung die Wohnungsnot befeuert, wird mittlerweile auch von Studien belegt. Die Credit Suisse-Studie vom September 2022 nennt die anhaltend hohe Zuwanderung und der Zustrom von Flüchtlingen als zwei der Hauptfaktoren der Wohnungsknappheit⁴². Bereits wurden Schweizer Mieter auf die Strasse gestellt, um «Platz für Asylsuchende zu schaffen». Umso heuchlerischer das Verhalten der linksgrünen Parteien: Sie beklagen als angebliche Vertreter der Mieter die Wohnungsnot und die stark steigenden Mieten – gleichzeitig verhindern sie eine Steuerung der Zuwanderung und wollen Hunderttausende Asilmigranten aus der ganzen Welt aufnehmen.



5.2 Strommangel und immer höhere Energiepreise

Die schädlichen Folgen der Massenzuwanderung zeigen sich insbesondere auch im Umwelt- und Energiebereich. Das Muster ist stets dasselbe: Die Schweiz macht eindruckliche Fortschritte – doch diese werden durch die Zuwanderung wieder zunichte gemacht.

Nehmen wir das Beispiel des Energieverbrauchs: Dieser nahm von 1990 bis 2019 pro Kopf um fast 18 Prozent ab. Der Gesamtenergieverbrauch aber stieg im selben Zeitraum um über fünf Prozent – wegen der Zuwanderung. Im selben Zeitraum nahm in der Folge der gesamte Stromverbrauch um satte 22% zu.

Dass mit Blick in die Zukunft der Stromverbrauch auch weiterhin drastisch zunehmen wird, liegt auf der Hand: Denn 60% des Schweizer

⁴² <https://www.blick.ch/wirtschaft/wegen-zuwanderung-und-fluechtlingen-seit-wenig-freie-wohnung-wie-seit-sechs-jahren-nicht-mehr-id17849380.html>.

Energiebedarfs, d. h. der ganze Fossile-Brennstoff, muss aufgrund der Nettonull-Ziele durch Strom ersetzt werden.⁴³ Dabei wissen wir aufgrund der nationalen Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS seit Jahren, dass eine langandauernde Strommangellage als eines der drei grössten Risiken für die Schweiz gilt. Der zeitweise Ausfall der Energie- und Stromversorgung berge hohes Schadenpotenzial bei gleichzeitig hoher Eintrittswahrscheinlichkeit.⁴⁴ Bereits im Winter 2022/2023 war eine Energiemangellage ein realistisches Szenario, welches knapp verhindert werden konnte – und bereits 2024 «kommt [wieder] ein harter Winter» auf die Schweiz zu.⁴⁵

Der migrationsbedingte Strommangel beeinflusst unweigerlich auch die Preisbildung des für die Schweizer Bevölkerung notwendigen Stroms: Stiegen die Strompreise 2023 im Durchschnitt bereits um 27% (+6 Rp./kWh) an, muss 2024 die Schweizer Bevölkerung voraussichtlich mit weiteren Preisanstiegen rechnen. Prognostiziert wird eine Preiserhöhung um 12% (+3 Rp./kWh).⁴⁶

Konkret: Ein typischer Haushalt mit einem Verbrauch von 4'500 kWh (sog. Verbrauchsprofil H4: vierköpfige Familie in einer 5-Zimmer-Wohnung mit Elektroherd und Tumbler) bezahlt im 2023 27 Rappen pro Kilowattstunde (Rp./kWh), also rund 6 Rp./kWh mehr als 2022. Auf ein Jahr gerechnet, entspricht dies einer Stromrechnung von 1'215 Franken (+ 261 Fr.). 2024 kommen nun nochmals prognostizierte +135 Franken hinzu. Insgesamt kommt also auf jeden Haushalt eine rund 400 Franken höhere Jahres-Stromrechnung zu.

Fazit: Mehr Leute, bedeutet mehr Strom-Knappheit, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.

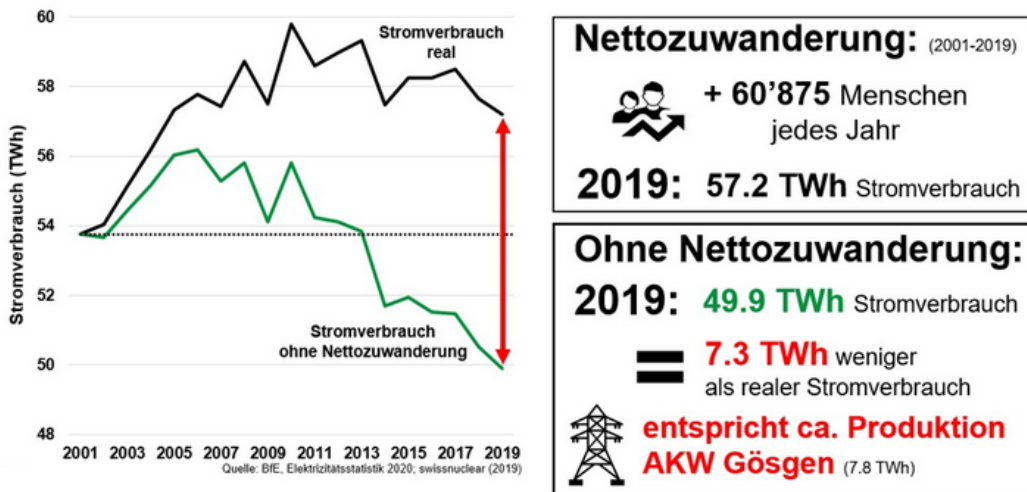
43 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021.

44<https://www.babs.admin.ch/de/home.detail.nsb.html/81359.html>.

45Parmelin und Rösti: Energiemangellage im Winter verhindern, Nau, 20. April 2023, unter <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/parmelin-und-rosti-energiemangellage-im-winter-verhindern-66477643>.

46Die Auswirkungen der Energiekrise sowie die nach wie vor überdurchschnittlich hohen Marktpreise dürften dazu führen, dass eine Mehrheit der Grundversorger auch 2024 die Strompreise erhöhen muss. Dies ist die Einschätzung des VSE basierend auf einer Umfrage unter seinen Mitgliedern, VSE, 20. Juni 2023, unter <https://www.strom.ch/de/nachrichten/wegen-der-energiekrise-duerften-die-strompreise-auch-2024-steigen#:~:text=den%20aktuellen%20Tarifen%20der%20einzelnen,stellt%20eine%20erste%20Einsch%C3%A4tzung%20dar>.

Strombedarf ohne Nettozuwanderung



Der akute Strommangel ist ebenfalls zu guten Teilen auf die Zuwanderung zurückzuführen. Während Landwirtschaft und Industrie den Verbrauch reduzierten, schnellte er bei den privaten Haushalten trotz energieeffizienter Geräte in die Höhe. Haupttreiber des Strommehrbedarfs ist das Bevölkerungswachstum.



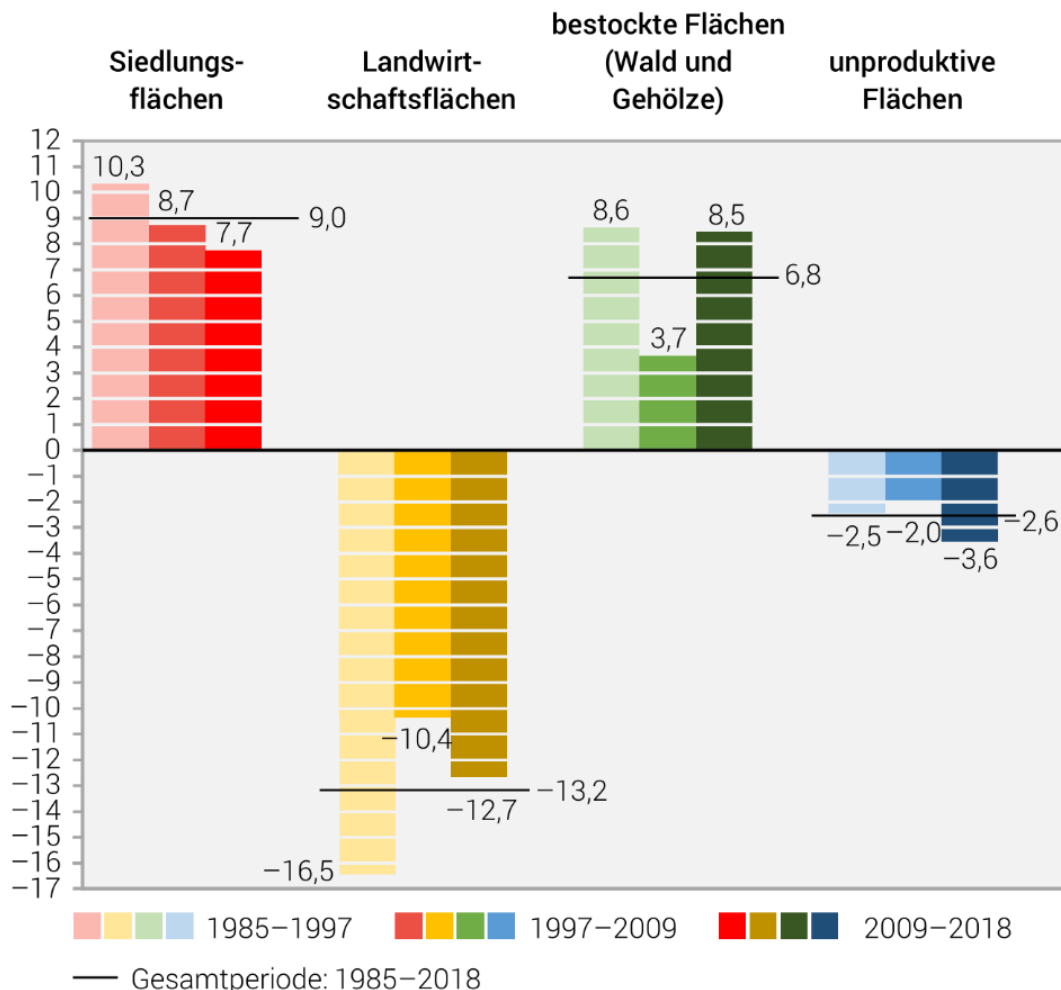
5.3 Zubetonierung der Landschaft

Die gleiche negative Dynamik zeigt sich bei der Zubetonierung unserer Landschaft und beim damit einhergehenden Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 7,7 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 12,7 Fussballfelder an Landwirtschaftsland (s. Grafik). Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der massiven Zuwanderung.

Bodennutzungswandel in Fussballfeldern¹ pro Tag

Zu- und Abnahmen nach Hauptbereich und Beobachtungsintervall



¹ Feldgrösse gemäss den Richtlinien des Schweizerischen Fussballverbandes:
105 x 68m (=7140 m²)

Quelle: BFS – Arealstatistik (AREA)

© BFS 2021

80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land. Beispielhaft ist die Entwicklung der Zürcher Agglomerationsgemeinde Opfikon-Glattbrugg. Sie steht stellvertretend für Hunderte Gemeinden in der ganzen Schweiz.



Opfikon-Glattbrugg 1960 (oben), Opfikon Glattbrugg 2022 (unten)



Es ist hochgradig heuchlerisch, dass die Linken und Grünen diese negativen Effekte der Migration auf Natur und Umwelt systematisch ausblenden. Denn ginge es ihnen wirklich darum, etwas für den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu tun, müssten sie die Massenzuwanderung schon längst entschlossen bekämpfen.

6. Importierte Kriminalität und Nichtumsetzung Ausschaffung krimineller Ausländer

Ein eigenes Kapitel verdient die Kriminalität in der Schweiz, denn sie ist zu grossen Teilen importiert. Es vergeht kein Tag, ohne dass kriminelle Ausländer Schlagzeilen machen.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt.⁴⁷ Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Zur selben Zeit wurde bekannt, dass ein kosovarischer Familienvater und seine vier Söhne vor Gericht stehen, weil sie über sechzehn Jahre hinweg vier Frauen aus dem Kosovo misshandelt haben. Die Angeklagten müssen sich unter anderem wegen Menschenhandel, Zwangsheirat, Körperverletzung, Nötigung, Vergewaltigung und sexueller Handlungen mit Kindern verantworten.⁴⁸ In Basel verbreitet derweil eine Serie von Vergewaltigungen Angst und Schrecken unter Frauen.⁴⁹ Auch hier sind die Täter Ausländer.

Neue Normalität in der Schweiz?

⁴⁷<https://www.20min.ch/story/nicht-alle-jugendlichen-mit-migrationshintergrund-sind-gewaltbereit-622153940224>

⁴⁸<https://www.20min.ch/story/frauen-wie-sklavinnen-gehalten-ich-dachte-mir-qlaubt-niemand-570334425547>

⁴⁹ <https://www.blick.ch/schweiz/basel/vergewaltigte-frau-25-an-der-landkronstrasse-in-basel-anderes-opfer-36-spricht-ihr-mut-zu-ich-kann-gut-nachfuehlen-was-sie-jetzt-durchmacht-id18014351.html>.
<https://www.bazonline.ch/ihre-schreie-waren-so-schriill-da-wusste-ich-dass-etwas-nicht-in-ordnung-ist-196933293779>.

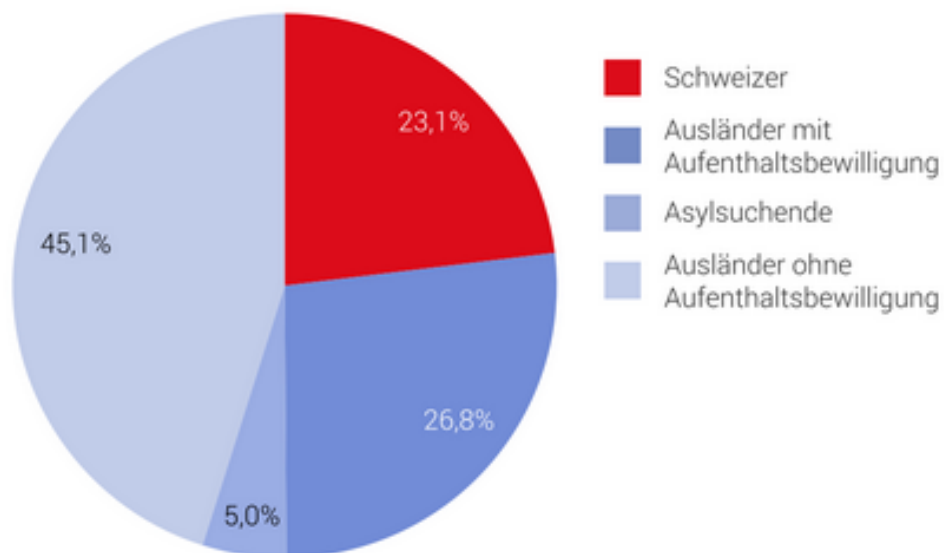


Der Eindruck der beliebig zu ergänzenden Beispielen wird durch die Statistik erhärtet: Die Schweiz hat ein ungelöstes Problem mit der Ausländerkriminalität. Die Ausländer sind in der Kriminalstatistik fulminant übervertreten. So haben sieben von zehn Gefängnisinsassen einen ausländischen Pass.⁵⁰

⁵⁰ https://www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/-lebeninderschweiz_warum-sind-7-von-10-haeftlingen-in-der-schweiz-auslaender-/44892974.

Personen in Untersuchungs- und Sicherheitshaft, 2023

Nach Nationalität und Aufenthaltsstatus

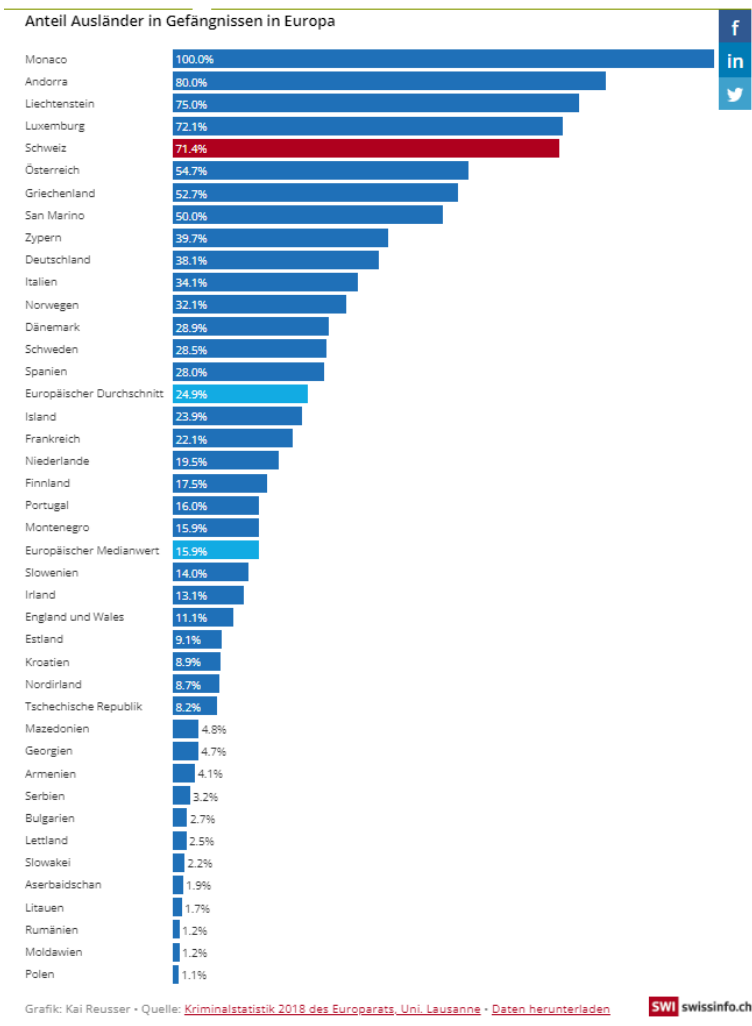


Stand der Datenbank: 22.03.2023

Quelle: BFS – Statistik des Freiheitsentzugs

© BFS 2023

Unter den Staaten mit mehr als einer Million Einwohnern belegt die Schweiz mit einem Anteil von über 70 Prozent Ausländern bei den Gefängnisinsassen den negativen Spitzenrang in Europa.



Ein krasses Missverhältnis zeigt sich auch bei den beschuldigten Personen nach Strafgesetzbuch (StGB). Im Jahr 2021 waren von den insgesamt 67'286 Beschuldigten der ständigen Wohnbevölkerung 40 810 Schweizer und 26'476 Ausländer.⁵¹ (Wohlgemerkt: Der Ausländeranteil liegt in der Schweiz bei rund 25 Prozent.) Hinzukommen noch weitere ausländische Beschuldigte, nämlich 2'295 Asylanten und 12'003 Personen aus der Kategorie «übrige Ausländer/innen». Rechnet man das zusammen, kommt man auf 40'774 ausländische Beschuldigte, also praktisch gleich viele wie Schweizer.

Noch deutlicher ist das Verhältnis bei den Verurteilten (Erwachsene). Von total 88'175 verurteilten Personen waren 2021 38'175 Schweizer (inklusive Eingebürgerte) und 50'000 Ausländer (ausländische Wohnbevölkerung ohne Asyl 23'556; andere Ausländer 26'444).

Die Zahlen und Fakten sprechen also eine deutliche Sprache: Die kriminellen Taten in der Schweiz gehen in hohem Mass und völlig überproportional auf das Konto von Ausländern. Verantwortlich dafür sind

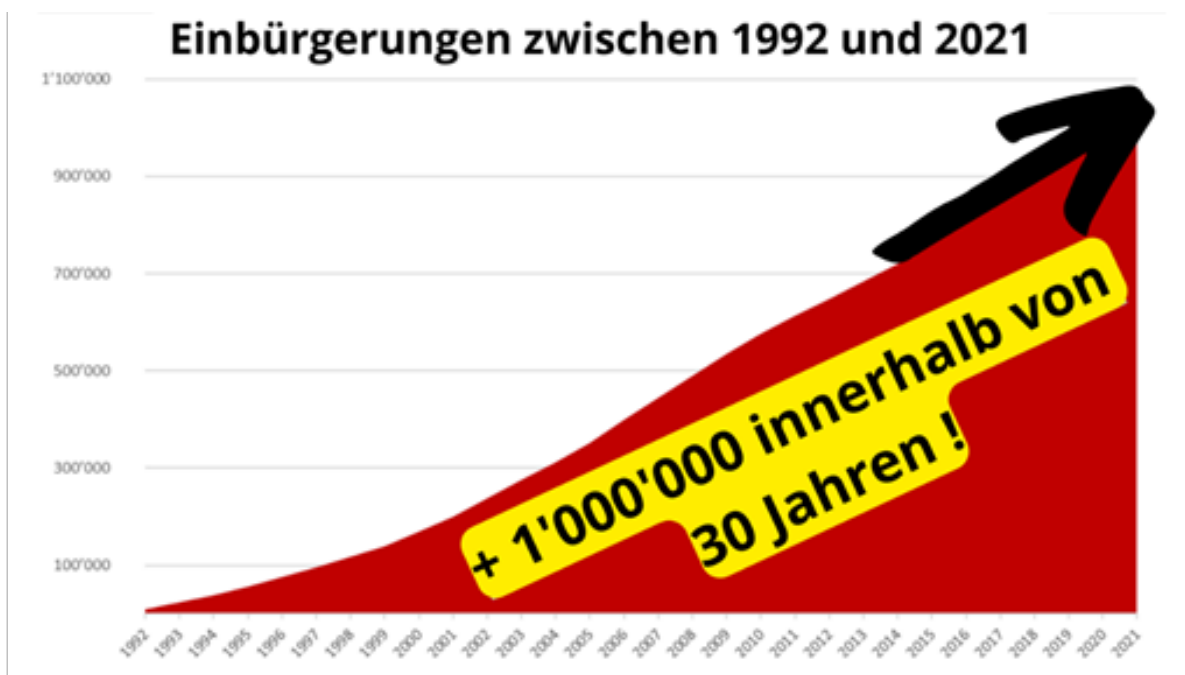
⁵¹ «Strafgesetzbuch (StGB): Beschuldigte Personen nach Geschlecht, Alter, Aufenthaltsstatus und Nationalität», Bundesamt für Statistik.

sowohl Kriminaltouristen und Asylbewerber, die von den offenen Grenzen profitieren, als auch die hier angesiedelten Ausländer.

Und was unternehmen die anderen Parteien und die Richter gegen die grassierende Ausländerkriminalität? Nichts. Das Volk hat die Ausschaffungsinitiative der SVP im Jahr 2010 angenommen, die Politiker haben ein «pfefferscharfe» Umsetzung versprochen. Doch der Fall ist das Gegenteil: Die Initiative wurde abgeschwächt – und die Gerichte foutieren sich um Volkswillen und Verfassung. «Acht von zehn kriminellen Ausländern mit Schweizer Wohnsitz dürfen bleiben, obwohl sie ausgewiesen werden müssten», schrieb die NZZ.⁵² Kriminelle Ausländer in der Schweiz würden «kaum ausgewiesen». Damit machen sich Politik und Justiz mitschuldig an der anhaltend hohen Ausländerkriminalität – abgesehen von den horrenden Kosten, welche die kriminellen Ausländer im Justizvollzug verursachen. Dazu kommt, dass das Schweizer Justizsystem komplett überfordert ist und Strafen wenig abschreckend wirken, wenn jahrelang kein Urteil erfolgt oder linksgrüne Kuschel-Massnahmen verordnet werden.

6.1 Masseinbürgerungen stoppen

Während die Medien gerne das Mantra der Linken aufgreifen, dass die Schweizer Einbürgerung eine der anspruchsvollsten der Welt sei, sprechen die Zahlen für sich: Unser kleines Land bürgert jedes Jahr rund 40'000 Personen ein. Somit haben in den letzten dreissig Jahren mehr als eine Million Menschen die Einbürgerung durchlaufen - das ist jeder neunte Einwohner unseres Landes⁵³!



⁵² <https://www.nzz.ch/acht-von-zehn-taetern-duerfen-bleiben-ld.1626426?reduced=true>.

⁵³ Einbürgerungen seit 1987, 2023, SEM. Grafik: eigene Darstellung.

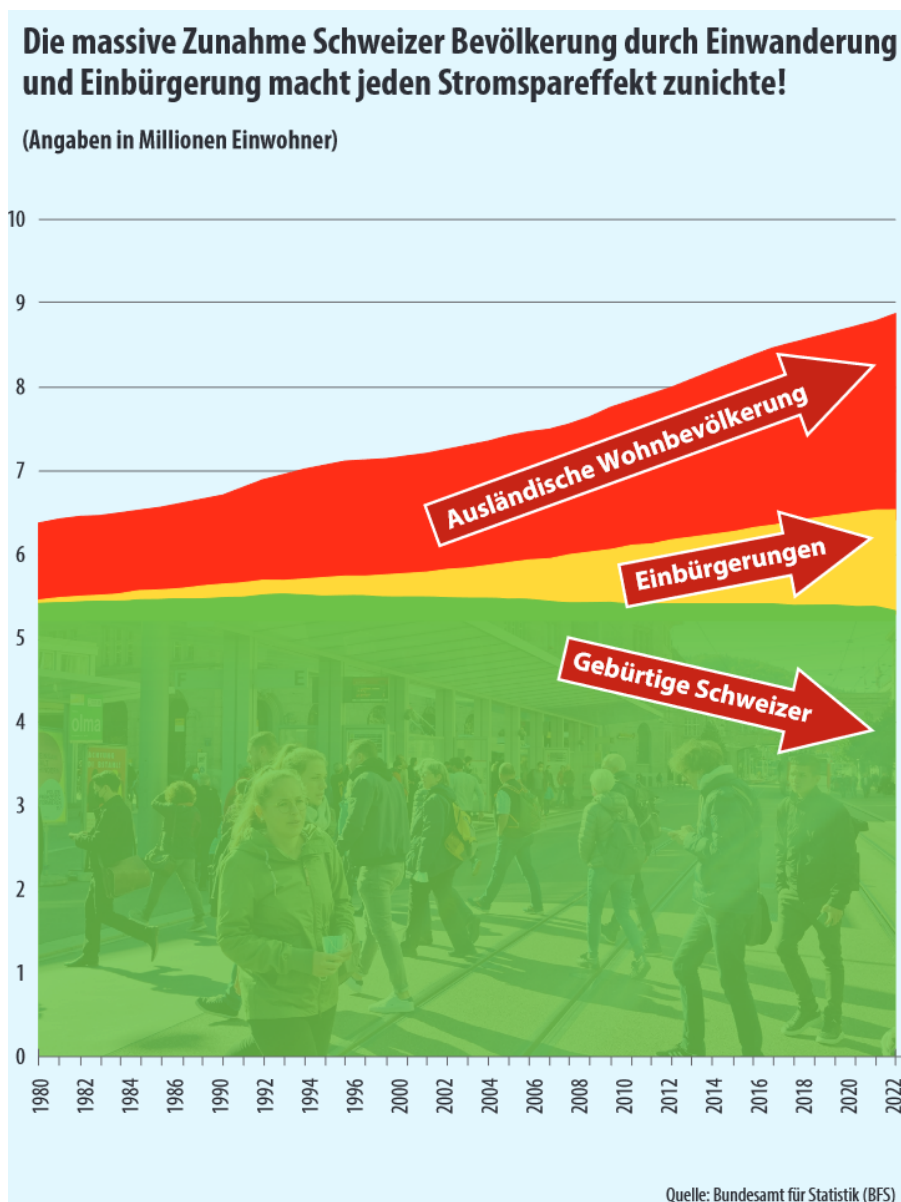
Jahr	Einbürgerungen
1987	7 552
1988	7 595
1989	7 718
1990	6 183
1991	5 872
1992	10 203
1993	12 902
1994	15 258
1995	17 453
1996	20 077
1997	19 460
1998	21 705
1999	21 698
2000	30 452
2001	30 075
2002	38 883
2003	37 070
2004	36 957
2005	39 753
2006	47 607
2007	45 042
2008	45 309
2009	44 957
2010	40 407
2011	37 894
2012	35 060
2013	36 292
2014	35 187
2015	42 703
2016	42 974
2017	46 060
2018	44 141
2019	42 050
2020	35 191
2021	37 647
2022	41 890
Total	1 087 277

Quelle: *Einbürgerungen seit 1987, SEM.*

Dieser Ansturm auf den Pass mit dem weissen Kreuz wirft mehrere Probleme auf, sei es bei der Definition der Schweizer Identität, der Ausarbeitung von Einbürgerungskriterien oder der Zukunft der direkten Demokratie. Dies umso mehr, als einige Kantone mit Hochgeschwindigkeit einbürgern und den Pass vergeben, als sei er ein Give-away: Allein der Kanton Zürich sprach 2022 ein Viertel aller Einbürgerungen aus, der Kanton

Waadt vergab 16% aller Neu-Pässe, was fast doppelt so viel ist wie sein proportionaler Anteil an der Schweizer Bevölkerung⁵⁴.

An der Qualität der Einbürgerungspraxis muss gezweifelt werden, wenn eingebürgerte «Schweizer» für Gänge zur Verwaltung oder vor Gericht einen Übersetzer brauchen und diese Kosten durch den Steuerzahler übernommen werden müssen. Wenn eine Person nicht über ausreichende Kenntnisse einer Landessprache verfügt, um sich mit der Verwaltung zu unterhalten, wie kann man dann behaupten, dass solche Leute in der Lage sind, sich bei Abstimmungen und Wahlen ausreichend zu informieren, oder dass sie genügend in die Gesellschaft integriert sind?



⁵⁴ Ausgewählte Indikatoren im regionalen Vergleich, 2021, Kantone, BFS.

7. Und die anderen Parteien? SP und Grüne wollen Hunderttausende «Krisenflüchtlinge» und «Klimaflüchtlinge» aus der ganzen Welt aufnehmen


SP-Bundesrätin und Justizvorsteherin Elisabeth Baume-Schneider hat eine neue Willkommenskultur für Asylanten eingeläutet: Sie ist überzeugt, dass die Schweiz alle Asylanten, welche in die Schweiz kommen, aufnehmen kann. Sie will zudem allen Asylsuchenden ein Dach über dem Kopf anbieten, obwohl die eigene Bevölkerung mit einem Wohnungsmangel konfrontiert ist. Auf die Frage, welche Menschen die Schweiz aufnehmen und mit Steuergeldern finanzieren soll, hat die SP eine einfache Antwort: Alle! «Es braucht im Schweizer Asylrecht deshalb eine rechtliche Gleichbehandlung aller Krisen- und Kriegsgeflüchtete unabhängig ihrer geografischen Herkunft («Schutzbedürftigkeit statt Herkunft») und damit eine Schaffung eines neuen Status Humanitäre Aufnahme». Parteipräsident Cédric Wermuth führt dann gleich noch aus wie diese Ausländer zu integrieren sind: Als Zwischenziel sollen alle Ausländer das Stimmrecht und danach das Bürgerrecht erhalten.

Vize-Fraktionspräsidentin und Nationalrätin Samira Marti lässt die Migrations-Korben knallen: Alle Ausländer, welche mehr als 10 Jahre in der Schweiz sind und gleichzeitig immer Sozialhilfe bezogen haben, sollen ein permanentes Bleiberecht erhalten. Die ehemalige Arbeiterpartei sorgt für direkte Zuwanderung in den Sozialstaat für Leute, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben.

Asylpolitisches Positionspapier der SP-Bundeshausfraktion

Gemäss Beschluss der vorbereitenden Fraktionssitzung vom 2. September 2022, S.2

«Eine humane Behandlung aller Kriegs - und Krisengeflüchteten in der Schweiz ist möglich und notwendig. Kriegsgeflüchtete aus dem syrischen Aleppo sind genau gleich gefährdet und damit schutzbedürftig vor Bomben des russischen Regimes wie Kriegsgeflüchtete aus ukrainischen Städten und Dörfern. Auch sind beispielsweise vor der Schreckensherrschaft der Taliban geflüchtete Menschen aus Afghanistan ebenso bedroht wie ukrainische Kriegsgeflüchtete. **Es braucht im Schweizer Asylrecht deshalb eine rechtliche Gleichbehandlung aller Krisen- und Kriegsgeflüchtete unabhängig ihrer geografischen Herkunft («Schutzbedürftigkeit statt Herkunft») und damit eine Schaffung eines neuen Status «Humanitäre Aufnahme.»**



«Gleichbehandlung aller Krisen- und Kriegsgeflüchtete unabhängig ihrer geografischen Herkunft»

Was die SP konkret will:

- «Humanitäre Aufnahme aller Kriegs- und Krisengeflüchteten»
- Sozialhilfe wie Schweizer
- Familiennachzug ohne Wartefrist
- Keine Beschränkung der Reisefreiheit
- Aufenthaltsbewilligung nach fünf Jahren

**Das heisst: Schweizer Asylparadies für alle.
Hunderttausende zusätzliche Asilmigranten.**

Die Grünen fordern mit Nachdruck einen «Flüchtlingsstatus» für «Personen, die wegen Naturkatastrophen geflüchtet sind, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen». Gemäss eigenen Angaben seien weltweit potenziell 140 Millionen Personen neu als (Klima-)Flüchtlinge betroffen.⁵⁵ Die Förderung der Massenzuwanderung ist denn auch offizielles Programm: «Die Freiheit, sich in einer beliebigen Region niederzulassen, sollte ein Menschenrecht sein».⁵⁶ Nicht-EU-Angehörige sollen nach dem Willen der Grünen de facto gleichgestellt werden. Konkret soll ergänzend zu den Klimaflüchtlingen eine kollektive Aufnahmeregelung für die Papierlosen, erleichterte Einbürgerungsregelungen, die Aufhebung des «rassistischen Zweikreise-Modells», politische Rechte für Ausländer und eine grosszügige Aufnahme von «Gewaltflüchtlingen» geschaffen werden.

⁵⁵ Mo. 22.3092 Ein Flüchtlingsstatus für Klimaopfer; mit 124 zu 68 Stimmen abgelehnt.

⁵⁶ Position der GRÜNEN zu Migration und Integration (Positionspapier), unter <https://gruene.ch/gesellschaft/migration-und-integration/migration-gestalten-integration-foerdern-fluechtlingeschuetzen>.

8. Fazit und Forderungen

Die Zahlen und Fakten belegen es: Die Schweiz hat ein ungelöstes Ausländerproblem. Das ist nicht gottgegeben – verantwortlich dafür ist die fehlgeleitete und unverantwortliche Politik der Mitte-links-Mehrheit im eidgenössischen Parlament. Die Nichtumsetzung der vom Volk beschlossenen Initiativen für eine massvolle Zuwanderung und die Ausschaffung krimineller Ausländer verschärft die unhaltbaren Zustände. Wir haben die Steuerung und Kontrolle der Migration aus den Händen gegeben. Die Folge: Es kommen viel zu viele Ausländer – und es kommen die falschen.

Die Bevölkerung unseres kleinen Landes explodiert, wir steuern im Eiltempo auf eine 10-Millionen-Schweiz zu. Statt dass wir gezielt jene Fachkräfte holen, die unsere Wirtschaft braucht, überschwemmen Billigarbeiter, Familiennachzügler, Asyl- und Kriminal- und Sozialschmarotzer die Schweiz. Besonders zu leiden haben die einheimischen Arbeitnehmer im Tessin und in der Romandie sowie die über 50-Jährigen, die bei einem Jobverlust kaum mehr in den Arbeitsmarkt zurückfinden.

Dem Wachstum der Schweizer Wirtschaft fehlt es an Qualität. Die Konjunkturforscher rechnen für das laufende Jahr sogar mit einer Pro-Kopf-Rezession – ein Trend, der sich seit Beginn der Personenfreizügigkeit abzeichnet. Der Einzelne hat so gut wie nichts vom Gesamtwachstum der Wirtschaft. Es wird durch die ungehemmte Zuwanderung weggefressen. Die Profiteure der masslosen Zuwanderung sind die Zuwanderer selbst – aber nicht die Schweizer. Diesen bleibt die undankbare Aufgabe, mit ihren Beiträgen und Steuern die Arbeitslosenkasse und die Sozialwerke zu finanzieren – während sich die neuzugezogenen und ansässigen Ausländer an den Staatstöpfen bedienen. Der nicht nachvollziehbare und den Volkswillen verletzende Verzicht auf die Steuerung der Migration führt zu einer Einwanderung in den Sozialstaat und treibt die Kosten in Höhen, die langfristig nicht finanzierbar sind.

Auch bei der zweiten grossen Schiene der Migrationsströme in die Schweiz – beim Asyl – ist die Bilanz verheerend: Es herrscht ein regelrechtes Asylchaos – von der verschleierte Identität der Bewerber über die soziale Zusammensetzung (meist junge Männer aus schwer integrierbaren Kulturen), die Mängel bei Vollzug und Wegweisung bis zur Tatsache, dass der überwiegende Teil der anerkannten Flüchtlinge nicht auf eigenen Beinen steht und von der Sozialhilfe lebt.

Alle diese negativen Auswirkungen der gescheiterten Migrationspolitik von Mitte-Links spüren wir im Alltag. Es ist darum höchste Zeit, das Ruder herumzureissen und die schleichende Verschlechterung der Lebensbedingungen durch die masslose Zuwanderung zu stoppen. Die Zuwanderung soll der Schweiz keinen Schaden, sondern endlich wieder

einen Nutzen bringen! Um dieses Ziel zu erreichen und das Ausländerproblem zu lösen, fordert die SVP

... im Bereich der allgemeinen Migration:

- Die Schweiz hat die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern. Der entsprechende Volksentscheid muss endlich ernst genommen werden.
- Lancierung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» (Nachhaltigkeitsinitiative).⁵⁷
- Kriminelle Ausländer und illegale Aufenthalter müssen konsequent und gemäss dem Volkswillen ausgeschafft werden.
- Wer in die Schweiz kommt, soll für sich selbst sorgen können, sich integrieren und an die hiesige Rechtsordnung, Sitten und Gepflogenheiten halten.
- Wer sich nicht selbständig ernähren will, hat das Land zu verlassen. Das Motto muss lauten: Arbeit statt Sozialhilfe.
- Der Familiennachzug ist zu begrenzen.
- Die Sozialleistungen für Zuwanderer müssen beschränkt werden, damit wir die Einwanderung in den Sozialstaat stoppen können.
- Dauert die Sozialhilfeabhängigkeit von Ausländern länger als zwei Jahre, ist die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen.
- Es darf keine Sozialhilfe an Personen geleistet werden, die rechtskräftig weggewiesen sind und die Schweiz schon längst verlassen müssen.
- Die Schweizer Wirtschaft muss ausgewiesene ausländische Spezialisten unbürokratisch anstellen können – auch solche von ausserhalb der EU. Auch hier gilt: Keine Massenware – wir wollen die Besten.
- Die Integration muss in der Eigenverantwortung der Einwanderer liegen. Die SVP bekämpft die Aufblähung teurer staatlicher Integrationsmassnahmen auf Kosten der Steuerzahler und die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern.
- Wer innerhalb von fünf Jahren nach der Einbürgerung kriminell wird, dem ist das Bürgerrecht wieder zu entziehen.
- Die Einbürgerung darf nicht weiter erleichtert werden.
- Das Stimm- und Wahlrecht muss den Schweizern vorbehalten bleiben, es darf diesbezüglich keine Erleichterungen für Ausländer geben.
- Internationale Abkommen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik hat der Bundesrat in ordentlichen, referendumsfähigen Beschlüssen dem Parlament vorzulegen.

⁵⁷<https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/referate/warum-eine-nachhaltigkeits-initiative/>.

... im Asylbereich⁵⁸:

1. Aufnahme- und Schutzzentren im Ausland schaffen

Der Bundesrat muss umgehend Szenarien prüfen, wie Asylverfahren ins Ausland ausgelagert und vor Ort Hilfs- und Schutzzentren geschaffen werden können. Kooperationen mit Ländern wie Grossbritannien, Österreich oder Dänemark sind eingehend zu prüfen.

2. Grenzen schützen – Transitzone schaffen

Um illegalen Einreisen vorzubeugen, sind Transitzone zu schaffen, in welchen Asylbewerber ihr Gesuch stellen können. Die Regeln sind klar und deutlich zu kommunizieren. Asylgesuche dürfen künftig nur noch an der Grenze in einem neu zu schaffenden Transitraum (ähnlich den Flughäfen) gestellt werden⁵⁹. Die Asylsuchenden befinden sich dann nicht auf schweizerischem Boden und können, sofern auf das Gesuch eingetreten werden muss, bei einer negativen Entscheidung direkt in das Land rücküberstellt werden, aus welchem sie in die Schweiz einreisen wollten.

3. Rückführungen umgehend durchführen, Ausweisungen vollziehen

Unsere Regeln gelten für alle: Die Gesetze im Asyl- und Migrationsbereich sind strikte anzuwenden. Wer keine Aufenthaltsberechtigung hat, muss die Schweiz verlassen – ohne Wenn und Aber.

4. Entwicklungshilfe neu ausrichten: Schlepperwesen und Menschenhandel bekämpfen

Die Schweizer Entwicklungshilfe ist neu auszurichten und vollumfänglich in den Dienst der Migrationspolitik zu stellen. Nur so können das Schlepperwesen, Menschenhandel und organisierte Kriminalität bekämpft werden. Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist konsequent von deren Bereitschaft zur Rückübernahme ihrer Bürger abhängig zu machen.

- Dem Sinn und Geist des Asylgesetzes ist endlich wieder Nachachtung zu verschaffen: Nur wer in seinem Heimatstaat aus politischen Gründen verfolgt wird, darf Asyl erhalten. Asylschmarotzer, Armutsmigranten und Wirtschaftsflüchtlinge sind konsequent zurückzuschicken, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.
- Aufnahme- und Schutzzentren im Ausland schaffen.
- Grenzschutz und -kontrollen sind zu verstärken – Transitzone schaffen.
- Rückführungen umgehend durchführen, Ausweisungen vollziehen.

⁵⁸Das aktuelle Asyl-Positionspapier vom Januar 2023: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230131_Migrationspapier-D.pdf.

⁵⁹ Vgl. hierzu die Motion 22.4397, Glarner Andreas: Schaffung von Transitzone zur Durchführung sämtlicher Asylverfahren gemäss Artikel 22 AsylG, vom 14. Dezember 2022.

- Um die Attraktivität der Schweiz als Asyldestination zu mindern, sind die Unterstützungsleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge spürbar zu senken.
- Abgewiesene Asylbewerber sollen nur noch das Lebensnotwendige erhalten.
- Sogenannte «Sans-Papiers» halten sich nicht nur illegal in der Schweiz auf, sondern zahlen auch keine Steuern. Aufgegriffene Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, müssen ausgewiesen werden.
- Asylsuchende, «Sans Papiers» und vorläufig Aufgenommene sind in einer separaten Krankenkasse mit reduziertem Grundleistungskatalog zu versichern.
- Gegen Schweizer Gemeinwesen, welche Bundesrecht unterlaufen wollen, ist konsequent vorzugehen. Alle Versuche, die Anwesenheit illegaler Aufenthalter durch die Gewährung von «City Cards», öffentlichen Leistungen oder Zugang zu Hochschulen zu legitimieren, verstossen gegen das geltende Bundesrecht.
- Das Dublin-Abkommen muss ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden, sodass Personen aus sicheren Drittstaaten kein Asylverfahren mehr erhalten.
- Wer seine Identität nicht nachweisen kann oder die Behörden über seine wahre Identität täuscht, ist vom Asylprozess auszuschliessen.
- Asylbewerber, die straffällig werden, sind vom Asylverfahren auszuschliessen und unverzüglich auszuschaffen.
- Flüchtlinge, die in ihr Heimatland reisen, ist das Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu entziehen.
- Für Kriegsflüchtlinge muss die Hilfe vor Ort im Vordergrund stehen.